



## Nicht streiten, sondern handeln

Von Gustav Putz

Wir wollen niemandem den ehrlichen Willen absprechen. Aber es erscheint uns doch auffallend, daß kurz vor der Eröffnung des politischen Kampfes für die Nationalratswahl vom 1. März 1970 sich die Parteien mehr, als wir es — leider — gewohnt sind, für die Entschädigung an die Heimatvertriebenen interessieren. Wir verweisen darauf, daß eben von ÖVP-Abgeordneten im Nationalrat ein Antrag eingebracht worden ist, der für einen Kreis von Berechtigten und bisher Durchgefallenen die Möglichkeit einer Entschädigung in Aussicht stellt. Wir verweisen auch auf den nebenstehend zitierten offenen Brief der sozialistischen Interessengemeinschaft der Heimatvertriebenen an den Finanzminister. Auch die FPÖ ist nicht untätig. Wir haben vor einiger Zeit gehört, daß sich die Klagenfurter Vertriebenen mit den FPÖ-Mandataren zur Erörterung der Entschädigungsfrage zusammengesetzt haben.

Wir wollen keinem unterschoben, er interessiere sich weniger für die Anliegen der Vertriebenen als für ihre Stimmen bei der nächsten Wahl. Wir begrüßen jedes Interesse, auch wenn es nur zeitweise aufflackert. Bis jetzt war ja lediglich festzustellen, daß ein Abgeordneter der Volkspartei und einer von der SPÖ, die beide zum Kreise der Vertriebenen gehören, sich bemüht haben, das Interesse in ihren Klubs und Parteien für die Vertriebenenfragen wachzuhalten und — in wachen Augenblicken — zu nutzen. Und man hat es sogar vor Wahlen erlebt, daß auf die Anfragen der Vertriebenen recht kalfschnäuzige Antworten gekommen sind.

Drei Gelegenheiten hätte es in der österreichischen Nachkriegsgeschichte gegeben, das Vertriebenenproblem zu lösen. Die eine war kurz nach dem Einstromen der neuen Mitbürger gegeben. Eine aus christlichem und aus sozialem Mitgefühl entspringende freundliche Aufnahme, die allen die Möglichkeit geboten hätte, mit gleichen Rechten so wie die Österreicher an den Wiederaufbau des geschlagenen und zerstörten österreichischen Heimatlandes zu gehen, hätte die Hauptsorgen schon beseitigt. Der gemeinsam errungene Wohlstand hätte dann die Voraussetzung für eine menschliche Regelung der Entschädigung erbracht. Diese Gelegenheit ist vorübergegangen — wir wollen zugeben, nicht aus alleiniger Versäumnis der politischen Parteien. Wir hatten ja die Besatzungsmächte und die Kontrolle über die Gesetzgebung bei uns. Diese Besatzungsmächte wollten von der Eingliederung nicht nur nichts wissen, sie haben in den Staatsvertragsverhandlungen durch lange Zeit hindurch Österreich zwingen wollen, die Vertriebenen und Flüchtlinge aus Österreich zu vertreiben, und hätten sicher alle gegenseitigen gesetzlichen Bestrebungen des österreichischen Parlaments durch ihre Veto zu Fall gebracht. Österreich hat wenigstens versucht, nach und nach den Volksdeutschen die gesetzliche Gleichstellung einzuräumen.

Die zweite Gelegenheit ergab sich nach Wiedererlangung der Freiheit im Jahre 1955. Da muß nun gesagt werden, daß zu diesem Zeitpunkt das Interesse an den Vertriebenen weithin erloschen war. Viele möglichen Reparaturen an den vorausgegangenen gesetzlichen Regelungen hätten vorgenommen werden können, sind aber unterlassen worden. Als Beispiel führen wir nur die Gewerbetreibenden und die Landwirte an, die in ihren Renten verkürzt worden sind, weil man ihnen für die Pension eine 15jährige selbständige Tätigkeit in Österreich vorschrieb, sie aber von 1945 bis 1953 an der Ausübung selbständiger Berufe hinderte. Als Positiva aus dieser Ära wollen wir hingegen das Auslandsrentenübernahmegesetz und die langdauernden Bemühungen um den Abschluß einer Vereinbarung mit der BRD (Kreuznacher Abkommen) anführen. Was dann kam, machte allerdings viele Hoffnungen zunichte. Schon das Kreuznacher Abkommen wurde auf die Hausrats- und Berufsinventarsentschädigung beschränkt, alle anderen Vermögensverluste wurden nicht berücksichtigt. Wir sind der Überzeugung, daß sich von der BRD ein wesentlich höherer Beitrag hätte erwirken lassen, wenn man ein umfassendes Lastenausgleichsgesetz auch in Österreich ins Auge gefaßt hätten. Dem wirkte aber ein Komplex entgegen, den die österreichischen

# Wenigstens für die Erben

Antrag auf Wiedereröffnung der Anmeldefrist im Nationalrat eingebracht — Neue Frist bis 1. 1. 1972

Seit zwei Jahren warten zwei Personengruppen auf die Novellierung des Anmeldegesetzes: erstens jene, die seinerzeit den Anmeldetermin aus mangelnder Information — es hat ja fast nur die Vertriebenen-Presse über die Anmeldeöglichkeit berichtet — versäumt hat, zweitens jene, die zwar eine Anmeldung abgegeben, aber zugunsten anderer Berechtigter den Verzicht erklärt haben. Wiederholt wurde eine Erweiterung der Anmeldefrist für diese Personengruppen in Aussicht gestellt. Noch in der X. Gesetzgebungsperiode ist ein Initiativantrag im Nationalrat eingebracht worden, der aber durch die Neuwahl im Jahre 1966 wirkungslos wurde. In der Vorsprache bei den Mitgliedern der Bundesregierung am 21. März haben die Vertreter der Vertriebenenverbände auch die Anfrage an den Finanzminister gestellt, wann denn die Anmeldefrist wieder eröffnet werden würde. Der Finanzminister hat damals in Aussicht gestellt, sich mit dem Klub der ÖVP in Verbindung zu setzen. Das Resultat liegt nunmehr in einem Antrag der Abgeordneten Machunze, Dr. Gruber und Genossen vor. Er beschränkt sich allerdings auf die Erbfälle und schließt die Stichtagsversäumer nicht ein.

Der Antrag wird folgendermaßen begründet: „Nach dem ursprünglichen Wortlaut des UVEG wurde bei mehreren Erben von jedem Erben eine gesonderte Anmeldung verlangt. Da über die diesbezügliche Auslegung des UVEG im Kreise der Betroffenen nicht Klarheit bestand, wurde vielfach nicht von allen Erben eine Anmeldung eingebracht. Zwecks Vermeidung unbilliger Härten erscheint es notwendig, den Anmeldefristen durch das UVEG begünstigt Gewesenen Gelegenheit zu geben, anspruchswahrend aufzutreten. Der Nationalrat hat mit Bundesgesetz vom 7. April 1965, BGBl. Nr. 105/1965, das UVEG ergänzt, und es konnten die Anmeldungen bis zum 1. Jänner 1966 entsprechend ergänzt werden. Wie sich zeigte, hat jedoch eine Reihe der durch diese Novelle begünstigten Personen — insbesondere jene, die in der BRD leben — erst nach Ablauf der eingeräumten Frist von acht Monaten von dieser Begünstigung Kenntnis erhalten. Diese sich aus der kurzen Frist ergebenden Nachteile waren vom Gesetzgeber nicht beabsichtigt.“

Die genannten Abgeordneten stellten daher den Antrag, das UVEG wie folgt zu ergänzen:

1. Sind mehrere in § 2 Abs. 1 UVEG genannte Berechtigte hinsichtlich eines Sachschadens vorhanden und ist wenigstens von einem Berechtigten die Anmeldung fristgerecht bei einer Finanzlandesdirektion eingebracht worden, so sind die Ansprüche der bisher nicht aufgetretenen Anmeldeberechtigten gemäß dieser Anmeldung gewährt, wenn sie entweder vor dem 1. Jänner 1972 gegenüber der Finanzlandesdirektion schriftlich in eigenem Namen auftreten oder ansonsten von sich aus eine nach § 3 Abs. 2 UVEG zulässige Verzichtserklärung abgeben.

2. Die Ansprüche eines Anmeldeberechtigten sind insoweit zu entschädigen, als nicht schon wegen der Einigung oder auf Grund einer Entscheidung der Bundesentschädigungskommission Zahlung zugunsten eines anderen Berechtigten zu leisten ist. Eine dem Anmeldeberechtigten gegenüber ablehnende Entscheidung der Bundesentschädigungskommission oder eine ablehnende Erklärung der Finanzlandesdirektion steht der Berücksichtigung gemäß Abs. 1 nicht entgegen.

Nach diesem Antrag sind also folgende Voraussetzungen zu erfüllen:

1. Der Schaden selbst muß schon bisher von einem Berechtigten angemeldet worden sein.
2. Es darf nicht schon Zahlung zugunsten eines anderen Berechtigten geleistet worden sein, die einen weiteren Anspruch ausschließt. Das wäre dann der Fall, wenn die anderen Berechtigten eine Verzichtserklärung zugunsten eines anderen abgegeben haben und ihr Anteil also einem anderen zugefallen ist.
3. Die neuerliche Anmeldung muß bis zum 1. Jänner 1972 bei der Finanzlandesdirektion (für Sudetendeutsche ist die Finanzlandesdirektion Wien zuständig) schriftlich geschehen. Es kann aber bis zu diesem Zeitpunkt auch die Verzichtserklärung zugunsten eines anderen Berechtigten abgegeben werden.

**Wir machen darauf aufmerksam, daß jetzt noch keine Anmeldungen oder Verzichtserklärungen eingeschickt werden sollen. Denn dieser Antrag ist noch nicht zum Gesetz erhoben worden. Sobald dies geschehen sein wird, werden wir unsere Leser unterrichten.**

mit weitaus weniger Millionen regeln lassen als nachher dafür aufgewendet werden mußten! Diese Gelegenheit ist nicht wahrgenommen worden.

Mit gegenseitigen Beschuldigungen ist heute bei den Vertriebenen politisch nichts mehr zu erben. Ein gemeinsamer Antrag der beiden großen Parteien auf eine Erweiterung der Entschädigung würde hingegen überzeugender wirken.

## Nicht locker lassen!

Die Delegierten der Sudetendeutschen Landsmannschaft aus Kärnten und Steiermark beschlossen auf ihrer Tagung in St. Veit an der Glan, ihren Dachverband aufzufordern, bei der Bundesregierung erneut die gerechten Ansprüche der Heimatvertriebenen und Umsiedler zur Regelung der seit Jahren offenen vermögensrechtlichen Fragen, besonders der Verbesserung des Bad-Kreuznacher Abkommens, anzumelden.

Nur der Diszipliniertheit unserer Landsleute ist es zuzuschreiben, daß bisher lautstarke Unmutsäußerungen unterblieben sind. Die Unge duld und Verbitterung der Betroffenen läßt es aber ratsam erscheinen, die Bundesregierung nachdrücklich zu bitten, endlich eine Erfüllung dieses Fragenkomplexes herbeizuführen, ehe der Tod in weiteren vielen Fällen die Frage unserer Alten und Verarmten auf seine Art löst.

## Unterstützende Stimmen aus der BRD

Gleichzeitig mit den Sudetendeutschen hielten die Donauschwaben zu Pfingsten in Karlsruhe ihr Jahrestreffen. Auf diesem kam der Bundesvorsitzende Dr. Krämer auch auf die Benachteiligungen im Reparationsschädengesetz zu sprechen. Er wies auf jene Landsleute hin, die durch Fügung des Schicksals nicht in Deutschland Aufnahme finden konnten, so daß sie vom Lastenausgleich ausgeschlossen sind und in dem Rep-Gesetz nicht zum Zug kamen. Er sagte:

„Viele Donauschwaben haben gegen Ende und gleich nach dem zweiten Weltkrieg vorübergehend in Österreich eine Bleibe gefunden. In den Jahren 1948—1952 war ihre Situation etwa folgende:

1. Sie fanden keine Arbeit,
2. in die alte Heimat konnten sie nicht zurück,
3. der Zuzug in die DDR wurde durch die Besatzungsmächte verwehrt,
4. deshalb wanderten sie nach Übersee aus.

Nach den Vorschriften des RepG sind nur solche aus Österreich Ausgewanderte antragsberechtigt, die

- a) am Tage der Erbringung des Gesetzes (Februar 1969) im westlichen Ausland lebten und die
- b) am 1. 1. 1969 die deutsche Staatsbürgerschaft besaßen.

Während unsere Landsleute in Übersee die erste Forderung erfüllen, ist dies bei der zweiten nicht oder nur selten der Fall.

Es ist deshalb notwendig, die Staatsbürgerschaftsfrage dieser Gruppe zu durchleuchten.

1. Tatsache ist, daß man jenen, die 1943 und 1944 in die Waffen-SS eingezogen wurden, die deutsche Staatsbürgerschaft durch ein Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem betreffenden Heimatstaat zugesagt hat.
2. Es ist uns kein Fall bekannt, daß jemand die deutsche Staatsbürgerschaft ausgeschlagen hätte.
3. In dem Staatsbürgerschaftsbereinigungsgesetz sind keinerlei Vorschriften darüber enthalten, laut welchem man gehalten war, die Staatsbürgerschaft zu erwerben.
4. Die deutschen Konsulate im Ausland haben auf Anfragen unserer Leute von einer Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft mit dem Hinweis abgeraten, daß die BRD kein Interesse an einer starken Kolonie deutscher Staatsbürger im Ausland habe.

Im Namen des Bundesvorstandes und unserer betroffenen Landsleute in Übersee bitte ich den zuständigen parlamentarischen Ausschuß, den ganzen Bundestag und die Bundesregierung, diesen Fragenkomplex zu überdenken, und beantrage eine Novellierung des RepG zugunsten des angeführten Kreises unserer Landsleute in Übersee.“

Leider hat Dr. Krämer in seine Betrachtungen nicht auch die Vertriebenen in Österreich einbezogen, die auf die schmale Kreuznacher Kost gesetzt wurden.

## Auch die Sozialisten sind tätig geworden

In der Sache der Entschädigungen sind auch die Sozialisten tätig geworden. Die der SPÖ nahestehende Organisationen „Interessengemeinschaft volksdeutscher Heimatvertriebener“ und „Seliger-Gemeinde“ haben an den Finanzminister einen offenen Brief gerichtet und ihm folgende Fragen gestellt:

1. Werden Sie in der Bundesregierung dafür eintreten, daß mit der westdeutschen Regierung ehe baldigst Verhandlungen aufgenommen werden, um zu erreichen, daß die Bonner Bundesregierung auch die in Österreich lebenden Heimatvertriebenen genau so behandelt wie die in Deutschland und anderen westlichen Ländern lebenden Vertriebenen?
  2. Haben Sie die Ihrem Ressort obliegende Feststellung eines für die Verhandlungen mit Deutschland erforderlichen finanziellen Konzepts veranlaßt, und sind Sie bereit, dessen — insbesondere auch die Aktivierung des Artikels 5 des Bad-Kreuznacher Abkommens betreffenden — Hauptgrundlagen den Interessenvertretern der in Österreich lebenden Vertriebenen ehe baldigst zur Stellungnahme vorzulegen?
  3. Welchen Betrag sind Sie bereit, im Budget 1970 vorzusehen, um den im Bad-Kreuznacher Abkommen eingegangenen Verpflichtungen allmählich nachzukommen?
- Der Offene Brief nimmt auf das Schreiben des Finanzministers vom 18. Dezember 1968 an den Abg. Dr. Tull Bezug, in dem die Erbringung von österreichischen Vorleistungen bei der gegebenen Budgetlage nicht in Erwägung gezogen

werden könne. Er weist auch auf den Unterschied zwischen den in den Bad-Kreuznacher Verhandlungen in Aussicht gestellten und dann tatsächlich erbrachten österreichischen Leistungen hin. In polemischer Art wird in dem Offenen Brief festgestellt, daß weder Finanzminister Dr. Koren noch seine ÖVP-Vorgänger im Amt Vorsorge dafür getroffen hätten, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen und dem Geist des Bad-Kreuznacher Abkommens zu entsprechen.

So sehr wir das Eintreten jeder politischen Gruppe für die Vertriebenen begrüßen, halten wir von parteipolitischen Polemiken nicht viel. Tatsache ist, daß bis zum Jahre 1966 ÖVP und SPÖ miteinander regiert, miteinander die Gesetze beschlossen, miteinander die Budgets festgestellt haben. Tatsache ist ferner, daß bis dahin immer die SPÖ den Außenminister gestellt hat, der für die Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland ressortzuständig gewesen war, aber darüber hinaus auch die Einhaltung der abgeschlossenen zwischenstaatlichen Verträge im Auge zu behalten hatte, und daß andererseits die ÖVP die Finanzminister gestellt hat, die für die Abwicklung des Entschädigungsgesetzes die Verantwortung trugen. Bis zum Jahre 1966 hätte das Entschädigungsproblem schon längst erledigt sein können, wenn sich die beiden Koalitionsparteien gemeinsam mehr für die Lösung interessiert hätten. Tatsache ist, daß sie die Vertriebenenfrage mehr oder minder als „Marotte“ des einen oder des anderen Abgeordneten betrachtet und ihr einmal mehr, einmal weniger Spielraum gegönnt haben, hingegen ein waches Interesse der Gesamtparteien nicht festzustellen war. Bis zum Jahre 1966 hätte sich die Entschädigungsfrage

# Rüstet zum Sudetendeutschen Heimattag in Wien am 20. und 21. September 1969

Vertreter als Scheu vor einem Präjudiz bezeichnen, wir aber als Neidkomplex. Die Verantwortlichen in Österreich glaubten, es würden andere Gruppen von Geschädigten mit Forderungen an sie heranreten — und sie hatten sichtlich nicht den Mut, diese Gruppen auf den großen Unterschied zwischen ihrem eigenen und dem Schicksal der Vertriebenen hinzuweisen. Dazu kam, daß die Entschädigung sehr langsam durchgeführt wurde, was den zuletzt Beteiligten eine Werteinbuße der Entschädigung einbrachte, sehr bürokratisch und sehr kleinlich, so daß sich Österreich einen ansehnlichen Teil der vorgesehenen Summe ersparte.

War die Abhandlung des Vertrages mit der BRD die dritte versäumte Gelegenheit, so ist seither überhaupt so gut wie nichts in Angriff genommen worden. Es wurden nur Verhandlungen mit der BRD über die Eingliederung in das Reparationsgesetz durchgeführt. Sie sind, wie wir wissen, erfolglos geblieben. Eine neue österreichische Initiative ist nicht entfaltet worden. Denn nun war schon die Zeit so weit fortgeschritten, daß man die Vertriebenen als Wanzen zu betrachten begann, die mit ungemessenen und unberechtigten Forderungen fortwährend lästig fallen.

Sollte sich nun — vor oder wegen den Wahlen — die Gesinnung geändert haben? Um das den Vertriebenen glaubhaft zu machen, gäbe es ein sehr einfaches Mittel: was die Koalition bis 1966 gemeinsam versäumt hat, das könnte durch eine Zweckkoalition noch in dieser Gesetzgebungsperiode nachgeholt werden. Von wem die Initiative dazu ausgeht, das kann den Vertriebenen gleichgültig sein. Es können die Sozialisten der Regierung den Vorschlag machen, eine Generalbereinigung des Problems in Angriff zu nehmen, es kann der Finanzminister den Sozialisten ein Programm vorlegen. Eine gemeinsame oder eine getrennte Aussprache mit den gewählten und befugten Vertretern der Vertriebenen könnte den gemeinsamen Boden für eine parlamentarische Aktion vorbereiten. Es sollte aber niemand kommen und den Vertriebenen einreden wollen, er selbst wolle schon, aber die andere Partei sei böse. Darauf fallen die Vertriebenen bestimmt nicht herein. Wir halten auch nichts davon, wenn unmittelbar vor der Wahl die eine oder die andere Partei den Vertriebenen die Unterstützung ihrer Wünsche verspricht. Von solchen Versprechungen wird keiner fett. Überzeugend ist nur die Tat. Und die kann jederzeit gesetzt werden: im Parlament, nicht auf Plakaten.

### Vorschüsse auf Entschädigungen

Bei der Vorsprache am 21. März im Bundeskanzleramt haben auch die ehemaligen Auslandsösterreicher ihre Probleme zur Sprache gebracht. In einer besonderen Unterredung mit dem Finanzminister haben sie die Frage angeschnitten, ob für die Auslandsösterreicher, deren Forderungen noch durch keinen Vertrag geregelt sind — wie mit der CSSR —, Vorschüsse möglich seien. Der Minister meinte, das wäre ein Präjudiz und die Gegenseite würde sich dann überhaupt nicht mehr zu Verhandlungen bereit finden.

## An unsere Bezieher

Unsere Bezieher erhalten in den nächsten Tagen durch den Postboten die Zahlungsbestätigung für das dritte Quartal. Zugleich sind an jene Bezieher, die mit Erlagschein zu zahlen gewohnt sind, die Vorschreibungen für das zweite Halbjahr hinausgegangen. Wir bitten freundlichst um Beachtung und baldige Überweisung. Leider kommt es vor, daß Erlagscheine unbeachtet beiseitegelegt werden, was uns dann erhebliche Eintreibungskosten verursacht. Wir haben nur deshalb für Halbjahrs- und Jahreszahl die Bezugsgebühren ermäßigt, weil wir auf eine pünktliche Bezahlung hoffen und wir daher mit geringeren Kosten rechnen dürfen. Dies wird zunächst gemacht, wenn wir zwei-, drei- oder mehrmals zur Bezahlung auffordern müssen. Bitte, tragen Sie den Erlagschein bald zur Post!

### 38 Vertriebenenkandidaten

Die SPD wird in den Wahlkreisen und auf den Landeslisten nach den zur Zeit vorliegenden Unterlagen etwa 38 Heimatvertriebene und Flüchtlinge als Kandidaten für die Bundestagswahl an halbwegs gesicherten Positionen nennen. Die Zahl der dann tatsächlich in den Bundestag einziehenden Abgeordneten dürfte jedoch geringer sein, da einige Vertriebene und Flüchtlinge auf den Landeslisten an sogenannten kritischen Stellen stehen werden, von denen vorerst niemand sagen kann, ob diese im Rahmen der Gesamtzahl der Listenkandidaten noch enthalten sein werden.

Der Prominenteste unter den künftigen Heimatvertriebenen Bundestagsabgeordneten der SPD wird auf alle Fälle der Sprecher der Landsmannschaft Schlesien, Dr. Herbert Hupka, sein, der voraussichtlich wohl auch von seiner Partei zum Sprecher der Heimatvertriebenen Abgeordneten der SPD gemacht werden wird. Gegenwärtig verfügt die SPD im Deutschen Bundestag über 32 Abgeordnete aus Kreisen der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge.

### Nachlese zum Sudetendeutschen Tag

# Vertriebenen-Beschimpfung im Fernsehen

Deutscher Fernsehkommentator vergaß jeden Anstand — Prager Protest — Zwist mit der Seliger-Gemeinde

Das Echo auf den Sudetendeutschen Tag in Nürnberg, so unfreundlich es in einem Teil der deutschen Presse und im Fernsehen auch gewesen sein mag, hat der Sudetendeutschen Volksgruppe doch einen Nutzen gebracht: sie ist über Nürnberg hinaus ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Je härter die Angriffe waren, um so mehr erkannten die Führer der politischen Parteien, daß man über die Sudetendeutschen nicht so einfach hinwegsehen kann. Auch Prag hat zu dieser Reaktion seinen Teil beigetragen, indem es in einer Erklärung des Außenministeriums nicht nur die Sudetendeutschen, sondern auch die deutsche Bundesregierung angriff.

Den „wertvollsten“ Beitrag zum breiten Echo auf den Sudetendeutschen Tag hat wider Willen der Kommentator der Deutschen Fernsehens beigesteuert, ein Mann namens Dieter Gütt. Er ist Koordinator für Politik in der Programmdirektion des ARD. Am 27. Mai ließ er seinen Kommentar los, der aber keineswegs ein Kommentar, sondern eine maßlose Beschimpfung der Vertriebenen und ihrer Führung war. Man konnte unter anderem hören, daß die Reden auf den Pfingsttreffen der Heimatvertriebenen eine „Zitatensammlung aus dem Wörterbuch des Unmenschen“ gewesen seien. Der Kommentator strotzte von strafwürdigen Beleidigungen.

Dr. Otfried Michl, stellvertretender Bundesvorsitzender der SL, schreibt uns darüber:

„Zurückgekehrt vom XX. Sudetendeutschen Tag 1969 in Nürnberg, den ca. 400.000 Sudetendeutsche aus dem In- und Ausland besuchten, wartete ich mit Interesse auf die ersten Presse-, Rundfunk- und Fernsehkommentare, um zu sehen, welches Echo diese Riesenveranstaltung nach sich ziehen wird. Die Berichterstattung war in diesem Jahr im allgemeinen stärker, umfangreicher und sachlicher, von einigen Ausnahmen abgesehen. Das Wahljahr hat längst begonnen und hier offen-

gehört und keinesfalls überempfindlich. Dafür haben solche Meinungsmacher in den vergangenen Jahren hinreichend gesorgt. Aber alles hat seine Grenzen, besonders dann, wenn die Unfreundlichkeiten zur öffentlichen Beleidigung, üblen Nachrede und Unruhestiftung werden.

Ich glaube meinen Ohren nicht trauen zu können, als ich diese Hahnrade aus dem Munde Dieter Gütt's vernehmen mußte. Ich wollte diesen Kommentator in Kurzschrift festhalten, war aber derart schockiert und beleidigt, daß ich einfach nicht mitschreiben konnte, so daß ich erst den genauen Wortlaut noch einmal in der Presse abwarten mußte. Ich wollte es einfach nicht glauben, daß von einer öffentlichen Rundfunkanstalt aus ein Kommentator derart über eine Bevölkerungsschicht, die Heimatvertriebene, herziehen darf und dabei speziell die Sudetendeutsche Volksgruppe und ihre politische Führung so heruntersetzen darf, ohne dafür von der ARD-Leitung zur Verantwortung gezogen und eventuell sogar von einem Gericht bestraft zu werden.

Dieter Gütt bezeichnete in seinem Kommentar die demokratisch gewählten Spitzen der Vertriebenenverbände und Landsmannschaften als „Fünfte Kolonne der Bolschewisten“ und hat damit meines Erachtens den Tatbestand der Verleumdung verwirklicht, nämlich wider besseres Wissen in Beziehung auf einen anderen eine unwahre Tatsache behauptet und verbreitet, welche denselben verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet ist. (§ 187 StGB.) Nachdem nun die Mehrzahl der von Gütt angesprochenen Vertriebenenvertreter Bundestagsabgeordnete, also im politischen Leben des Volkes stehende Personen sind und die verleumderischen Behauptungen mit der Stellung der Beleidigten im öffentlichen Leben zusammenhängen und geeignet sind, ihr öffentliches Wirken erheblich zu erschweren, dürfte hier sogar der Tatbestand des § 187a/II StGB, der erschweren Verleumdung gegenüber Politikern, erfüllt worden sein, der Gefängnisstrafen nicht unter sechs Monaten vorsieht.

Dieter Gütt hatte auch die Geschmacklosigkeit, zu sagen, daß als Staffage u. a. „abgelegte Fürstlichkeiten“ erhalten müssen. Dabei behauptet sich dieser Kommentator in erster Linie mit dem Sudetendeutschen Tag 1969 in Nürnberg und weiß Dieter Gütt, daß dort als Ehrengast der Sudetendeutschen ein ausländisches Staatsoberhaupt anwesend war: Seine Durchlaucht, der Regierende Fürst Franz Josef II., von und zu Liechtenstein, Herzog von Troppau und Jägerndorf. Zu seinen Ehren wurde bei der festlichen Eröffnung in der Nürnberger Meistersingerhalle neben dem Deutschlandlied und der bayerischen Hymne auch die Hymne des Fürstentums Liechtenstein abgespielt, Kinderstube und Höflichkeit sollten von einem Fernsehkommentator zumindest verlangt werden können. Wenn also ein ausländisches Staatsoberhaupt und zugleich Regierender Fürst an einer Veranstaltung im Bundesgebiet als Ehrengast teilnimmt, kann ein Fernsehkommentator bei seinem Kommentar über diese Veranstaltung nicht von einer „Staffage abgelegter Fürstlichkeiten“ sprechen. § 103 StGB sieht für die Beleidigung fremder Staatspersonen Gefängnisstrafen bis zu drei Jahren vor.

Aber auch sonst triefte dieser Kommentar von Verbalinjuri, Schimpfworten und Hahnraden wie: Hartleibigste Sonntagsredner, frivoles Fest, Zitatensammlung aus dem Wörterbuch des Unmenschen, perfide Liste der Drohungen und Schmähungen, geifernde Kamarilla von Volksverführern, die das Messer schwingt, Trümmerberg von Anstand und historischer Lehre, Totengräber, Kraftmeier der Pfingsttreffen, Laienbrüder mit der entsprechenden Lautstärke, Untergrundarmee aus Sprechern der Vertriebenenverbände und Landsmannschaften, usw.

Dipl.-Ing.  
**HITZINGER & CO.**  
Elektromaschinenbau

**Fernsehen ein Vergnügen**  
mit  
**Philips-Savoy-Automatik**

sichtlich seine Auswirkungen gehabt. So wurde in verschiedenen Berichten die Teilnehmerzahl des Sudetentreffens überhaupt nicht genannt, obwohl sie von der Nürnberger Polizei errechnet und öffentlich bekanntgegeben worden war.

Die 400.000 Sudetendeutschen waren zum Teil über Hunderte von Kilometern angereist, sie zahlten ihre Fahr- und Aufenthaltskosten aus der eigenen Tasche. Dieses Phänomen des inneren Zusammenhaltens einer Volksgruppe ein Vierteljahrhundert nach der Austreibung erstaunt den Außenstehenden und kann von unseren Kritikern nicht mehr verstanden werden. Seit Jahren sagen sie uns Heimatvertriebenen schwindendes Interesse an der alten Heimat, an den Landsmannschaften und Vertriebenenverbänden sowie der Arbeit darin voraus und werden dann doch immer wieder durch den Zusammenhalt und die Treue dieser vom Schicksal schwer betroffenen Landsleute überrascht und widerlegt. Die aber, die ständig von Realitäten sprechen und uns den Verzicht auf die Heimat und die Anerkennung der geschaffenen Unrechts-Realitäten aufschwätzen möchten, wollen die Realität der Einheit der Vertriebenen in ihren Landsmannschaften und Verbänden, die Realität der großen Vertriebenenverbände nicht zur Kenntnis nehmen. Im Gegenteil versuchen sie, diese Realitäten zu leugnen, bekämpfen und zu schmälern.

Wenn nun von Osteuropa solche Veranstaltungen verkürzt und verleumdet werden, wenn von Revanchismus, Säbelraseln und Hexensabbat die Rede ist, so muß dies eben mit stoischer Ruhe hingenommen werden. Anders wird es, wenn das bundesdeutsche Fernsehen sich in diesen Chor einschaltet.

Und dies tat im ARD-Fernsehen der Kommentator Dieter Gütt.

Wir Heimatvertriebenen sind von ihm schon an Unfreundlichkeiten gewöhnt. Wir sind längst ab-

## CSSR-Minister verleumden Österreich

Das Ende des Reformkurses in der CSSR wird durch eine neue Tatsache charakterisiert: durch völlig unbegründete Angriffe gegen Österreich, die Bundesrepublik und den Vatikan. Der Prager Innenminister behauptete, daß westliche Geheimdienste in Zusammenarbeit mit antisozialistischen Kräften der CSSR auf einen Umsturz hinarbeiteten. Die Basen dafür befänden sich in Österreich und der Bundesrepublik.

Zum erstenmal machte Innenminister Pelnar diese Äußerungen vor dem ZK bei dessen Tagung zu Ende Mai. Der slowakische Innenminister Pepich ergänzte dann diese Behauptungen, indem er von einer „Reihe von Organisationen und Zentren“ sprach, die neben den westlichen Geheimdiensten Spionagetätigkeit gegen die CSSR betrieben. Pepich beschuldigte den Vatikan, mit Hilfe von Gruppen religiöser Emigranten aus der Slowakei eine ideologische Front gegen den Marxismus-Leninismus zu bilden und durch seine Zweigstellen in Österreich und Westdeutschland umstürzlerische Tätigkeit in der CSSR zu organisieren.

Innenminister Soronics hat diese Behauptungen energisch zurückgewiesen. Das Innen-

ministerium habe schon im September 1968 die Sicherheitsbehörden angewiesen, die Bildung von Gruppen, die gegen die CSSR agitieren, zu unterbinden.

Zu dieser Erklärung meint die „Sudetepost“, daß sie überflüssig war. Die tschechisch-slowakischen Verleumdungen sind darauf zurückzuführen, daß im Vorjahr nach dem Überfall der Sowjetunion auf die Tschechoslowakei kein Land die Tschechen und Slowaken so sehr unterstützt hat wie Österreich. Das ist nicht nur jenen gegenüber geschehen, die das okkupierte Land verlassen haben, sondern auch jenen, die im Lande geblieben sind. Ihr Ruf nach Freiheit ist über die österreichischen Massenmedien in die Welt getragen worden. Dafür müssen sich nun die neuen Marionetten Moskaus — Husak und seine Leute — an Österreich rächen. Ihre Verleumdungen gegenüber sind keine Beteuerungen eines österreichischen Ministers am Platz, sondern ein energischer und offizieller diplomatischer Protest. Richtig wäre es, den tschechoslowakischen Gesandten in das Außenministerium zu zitieren und sich die unverschämten Äußerungen der beiden Innenminister zu verbitten.

Keine der Ost-Attacken anlässlich des Nürnberger Treffens war heftiger als dieser Fernsehkommentar Dieter Gütt's „Die nationale Pfingsttour“ zum XX. Sudetendeutschen Tag 1969. Die „Sudetendeutsche Zeitung“ richtete deshalb an die ARD-Intendanten die Frage, wer schützt die Vertriebenen vor derartig üblen und unfairen Angriffen?

Der Bundesvertriebenenminister Windelen warf wegen dieses Kommentars Dieter Gütt's „politische Brunnenvergiftung“ vor. Gütt habe mit seinem Kommentar zum Vertriebenen-treffen eine Stellungnahme geliefert, wie sie „bisher nur aus dem kommunistischen Mächtebereich des Kremls“ gekommen sei. Jeder hätte das Recht, unterschiedliche Auffassungen zu äußern, Gütt habe aber Sachlichkeit vermissen lassen —, soweit der Bundesvertriebenenminister.

Ich glaube, daß sich in dieser leidigen Angelegenheit noch andere namhafte Politiker einschalten werden und daß sich die den Heimatvertriebenen und ihren Problemen Wohlgesinnten von diesen unsachlichen Angriffen Dieter Gütt's distanzieren werden. Die Fronten müssen hier einmal endlich geklärt werden, und dies besonders in einem Wahljahr. Die Heimatvertriebenen wollen ihre Freunde und ihre Gegner kennen. Das Fortschleppen einer Gesellschaftslüge dient keinem.

Wir Sudetendeutschen haben uns in Nürnberg durch unseren Sprecher erneut ohne jeglichen Vorbehalt zur Bundesrepublik, deren soziale und politische Ordnung wir trotz unseres bitteren Schicksals tatkräftig mit aufgebaut haben, bekannt und ein klares Ja zur freiheitlichen parlamentarischen Demokratie abgegeben. Wir Heimatvertriebenen fühlen uns mit den freiheitlichen Kräften dieser Bundesrepublik und der Welt eng verbunden. Wir müssen aber auch für uns den Schutz dieses Staates in Anspruch nehmen, wenn es nötig wird, so wie wir gewillt sind, unseren Staat, die Bundesrepublik Deutschland, in jeder Gefahr zu schützen.

Das soll nun kein Schrei nach dem Staatsanwalt sein. Uns ist es gleichgültig, ob Dieter Gütt bestraft wird oder nicht. Wir wollen nur den Wunsch und die Hoffnung aussprechen, im Deutschen Fernsehen in den nächsten Jahren sein Gesicht nicht mehr sehen und seine Stimme nicht mehr hören zu müssen.“

### Vertriebenenminister protestierte

Wie Dr. Michl in dem vorstehenden Artikel mitteilt, hat der Bundesminister für Vertriebene, Windelen, einen offenen Brief an Dieter Gütt gerichtet. „Solche Kommentare“ kämen bisher nur aus dem kommunistischen Machtbereich. Wer Demokratie ernst nimmt, kann ihre Haltung nicht hinnehmen.“

Der Minister hat sich auch direkt an die Fernsehintendanz gewendet. Dort bemüht man sich, durch eine Fernsehdiskussion zwischen Windelen und Gütt die Dinge wieder ins Lot zu bringen. Es ist aber zweifelhaft, ob sich ein Minister mit einem Gütt an einen Tisch setzen soll, die Voraussetzungen für eine sachliche Diskussion sind da sichtlich nicht gegeben.

Der Bund der Vertriebenen und die Sudetendeutsche Landsmannschaft richteten Proteste an den ARD-Vorsitzenden Wallenreiter und die Intendanten der Rundfunkanstalten, außerdem an die Ministerpräsidenten der Länder. Der Sprecher Dr. Walter Becher bezeichnete den Kommentator Gütt's als „Amoklauf eines zügellosen Journalisten“. Im Bundestag müsse zur Sprache gebracht werden, wer die Kommentatoren des Deutschen Fernsehens ernenne und wem sie verantwortlich seien.

### Protest aus Prag

Das tschechoslowakische Außenministerium veröffentlichte am 6. Juni eine Erklärung zum Sudetendeutschen Tag. Die SL entstellte, heißt es in der Erklärung, grob die geschichtlichen Tatsachen. Mitglieder der Bundesregierung leisteten Mithilfe bei den fortgesetzten antislowakischen und revanchistischen Provokationen. Die Bundesrepublik hielt künstlich das Umsiedlerproblem aufrecht. Viele Revanchistenführer seien Abgeordnete des Bundestags und der Landtage und Funktionäre politischer Parteien. Bundesminister Dollinger habe auf dem Nürnberger Tag den von den Revanchisten vorgebrachten Ansichten vollkommen zugestimmt.

### „Die Mahnung ist ernst“

Zu dem Beschluß des Vorstandes der Seliger-Gemeinde (Sudetepost, Folge 11) schreibt in der „Brücke“ der SPD-Abgeordnete Dr. Kreuzmann, daß sich seit der Übernahme des Sprecheramtes durch Dr. Becher immer deutlicher der Trend abzeichne, die sudetendeutschen Sozialdemokraten aus den Führungsgremien der SL auszuschalten oder auf unbedeutende Funktionen abzuschieben. Zum erstenmal sei kein sozialdemokratischer Sprecher auf dem Sudetendeutschen Tag zu Wort gekommen. Die Erklärungen Bechers ließen Zweifel an seinem guten Willen entstehen, mit den Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten. Dr. Kreuzmann schließt mit den drohenden Worten: „Die SL ist am Zuge. Sie hat zu beweisen, ob sie wirklich eine Repräsentanz der Volksgruppe sein wolle oder nur ein Wahlfanginstrument der CSU. Steuert sie hier keinen klaren Kurs, dann kann sie auch nicht mehr mit den Sozialdemokraten rechnen, wenn sie diese braucht. Das aber kann schneller gehen, als man sich das in SL-Kreisen vorstellt.“ Kreuzmann überschreibt seine Darlegungen mit dem Satz: „Die Mahnung ist ernst!“

# Husak fällt den Helfern in den Rücken

Auf der Moskauer Gipfelkonferenz sprach er nicht von einer russischen, sondern einer westlichen Intervention

Die Tschechen hätten Helfer, aber sie wollen sie nicht, denn rechtzeitig vor der Moskauer Gipfelkonferenz der kommunistischen Parteien hat die Sowjetunion in der Tschechoslowakei tabula rasa gemacht. So ergab sich auf der Gipfelkonferenz die bemerkenswerte und verblüffende Tatsache, daß außer den Okkupanten niemand die Invasion der Sowjetunion in die CSSR gut hieß, der tschechoslowakische Parteichef sie aber akzeptierte. Er wendete dabei einen Trick an: er leugnete das Bestehen einer Breschnjew-Doktrin von der begrenzten Souveränität sozialistischer Staaten und setzte an ihre Stelle die Doktrin von der ideologisch-politischen Intervention durch den westlichen Imperialismus. Als ob am 21. August 1968 westliche Truppen in die CSSR einmarschiert wären und nicht sowjetische, polnische, ulbrichtdeutsche, ungarische und bulgarische!

Diese Doktrin wurde aber Husak nicht abgenommen. Eine Reihe von Delegationen mißachtete auch den Brief, den Husak vor der Konferenz an sie geschrieben und in dem er gebeten hatte, die tschechische Frage nicht anzuschneiden. Der australische Delegierte ging als erster los. Er bezeichnete die Invasion als einen kaum wiedergutzumachenden Fehler. Der rumänische Partei- und Staatschef Ceausescu griff noch stärker in die Seiten: der proletarische Internationalismus kann keinen Deckmantel für die Einmischung in die Angelegenheiten anderer kommunistischer Parteien abgeben, sagte er. Jede Schwächung der nationalen Souveränität schadet der Sache jeden Landes und der gemeinsamen Sache. Niemand hat Anspruch darauf, eine Antwort für jede Frage zu wissen. Die Konferenz ist nicht berufen, für alle Parteien verbindliche Direktiven und Programme zu erlassen.

Sogar der österreichische KP-Obmann Muhri nahm sich kein Blatt vor den Mund. Das Streben irgendeiner Partei nach Hegemonie sei dem Wesen des Kommunismus fremd, war seine Meinung. Die Schweden und die Spanier, noch deutlicher die Italiener und Schweizer, verurteilten die Invasion. Merkwürdig verhielten sich die Franzosen. In der Konferenz machten sie den Mund nicht auf, außerhalb der Konferenz erklärte ihr Delegationsführer, seine Partei sei nach wie vor gegen die Intervention in der CSSR.

Breschnjew ließ die Debatte über sich ergehen. Die Auseinandersetzung über die CSSR ist für ihn, seit er „klare“ Verhältnisse geschaffen hat, nicht mehr wichtig, weil sie ja nicht in das Schlußdokument der KP hineinkommen wird. Insoweit aber mußte er der Debatte Rechnung tragen, als er von der Doktrin der begrenzten Souveränität abrückte. Das tat er auf die einfachste Weise: er bezeichnete diese Doktrin als eine westliche Erfindung!

## Atomkraftwerk weitere Jahre verzögert

Man baut daran schon seit 1958 — 1960 sollte es schon fertig sein

Das seit 1958 in Bohunice in der Westslowakei in Bau befindliche erste tschechoslowakische Atomkraftwerk wird frühestens im Jahre 1972 Strom in das Versorgungsnetz liefern. Das Parteiorgan „Rude Pravo“ hat mitgeteilt, daß sich die Bauarbeiten um weitere zwei Jahre verzögert haben, ohne jedoch Gründe für die neue Terminverschiebung zu nennen.

Über den Bau dieses Atomkraftwerkes war im Jahre 1956 zwischen der Sowjetunion als Projektanten und der Tschechoslowakei ein entsprechender Vertrag unterzeichnet worden. Er sah vor — wie die Moskauer „Prawda“ damals berichtete —, daß bereits 1960 Teile des Kraftwerkes in Betrieb genommen werden sollten. Seit 1960 erschienen in größeren Zeitabständen in den Zeitungen Mitteilungen, in denen es hieß, daß beim Bau des ersten Atomkraftwerkes in der Tschechoslowakei erhebliche Verzögerungen eingetreten sind. Die Produktionsaufnahme wurde jeweils für das übernächste Jahr angekündigt, zuletzt für das Jahr 1968, und Ende des vergangenen Jahres schließlich für den Beginn des Jahres 1971.

Als Hauptgründe für die Verzögerungen wurden früher notwendig gewordene Veränderungen im Bauprojekt und in den Ausrüstungen

Viel mehr war der KP der Sowjetunion daran gelegen, eine Front gegen China zu bilden. Um diese zu erreichen, malte Breschnjew schwärzer als schwarz. Die Gruppe um Mao, sagte er, habe einen Kampf gegen die kommunistische Bewegung entfaltet. 20 Parteien seien schon abgesprungen. Die Chinesen bereiteten nicht nur einen konventionellen, sondern sogar einen atomaren Krieg gegen die Sowjetunion vor. Breschnjew erwähnte auch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Sowjetunion. Wenn er aber gehofft hatte, damit den Delegierten einen Schrecken einzujagen, so hatte er sich getäuscht. Außer den ganz Getreuen wie Ulbricht und Gomulka wollte niemand etwas von einer formellen Verurteilung Chinas wissen. Es ergriff zwar niemand die Partei Chinas, aber viele standen auf und erklärten den Russen, von einer Verurteilung könne keine Rede sein. Wortführer war auch da Ceausescu, der deutlich erkennen ließ, daß seine Partei neutral zwischen der Sowjetunion und China stünde.

Die Hoffnungen, die im Kreml auf die Konferenz gesetzt worden sind, haben sich mithin, was China anlangt, nicht erfüllt. Das dürfte für die Russen peinlich sein. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen sie sich augenblicklich befinden, erlauben es ihnen nicht, einen starken militärischen Kurs gegen China einzuschlagen. Wegen ebenderselben wirtschaftlichen Schwierigkeiten aber müssen sie um eine gute Stimmung im Westen bemüht sein, was ihnen von den Chinesen wiederum den Vorwurf des Zusammenspiels mit dem Imperialismus eintragen wird.

Die vorliegenden Konferenzberichte lassen eine nicht zu übersehende Erscheinung erkennen: für die Sowjetkommunisten spricht nur Breschnjew. Die anderen Parteiführer verhalten sich still. Soll das heißen, daß sie Breschnjew seinen Kampf allein kämpfen lassen und nur abwarten, ob er ihn gewinnt oder verliert? Ob auch Husak mit dem Gedanken spielt, daß nach dem Mißerfolg der Konferenz Breschnjew und mit ihm die „harte Tour“ verschwindet? Das würde seine Politik irgendwie verständlich erscheinen lassen. In diesem Zusammenhang ist es auffallend, daß Husak in seiner Rede mit keinem Wort China erwähnt hat.

## „Fonds der Republik“ für den Bau einer Nationalgalerie

Der für den „Fonds der Republik“ von der Bevölkerung der Tschechoslowakei gesammelte Betrag in Höhe von 274 Millionen Kronen wird voraussichtlich für den Bau einer Nationalgalerie verwendet werden und nicht — wie ursprünglich geplant — zur Stützung des Staatshaushaltes.

Im Juli vergangenen Jahres hatten zunächst Betriebsorganisationen, dann die Gewerkschaften,

leistung von 5000 Megawatt errichtet werden sollen. Im Mai 1966 sprach die „Prawda“ nur noch von einem 2. Atomkraftwerk, das mit einer Leistung von 300 Megawatt in unmittelbarer Nähe des ersten Atomkraftwerkes gebaut werden und 1974 mit der Stromlieferung beginnen sollte. Seit dem vergangenen Jahr ist auch von diesem zweiten Atomkraftwerk nicht mehr die Rede gewesen.

In der Meldung, in der „Rude Pravo“ über die weiteren Verzögerungen in Bohunice berichtet, hieß es, daß gegenwärtig die Pläne für den Bau eines zweiten Atomkraftwerkes „geprüft“ würden.

## Reinemachen im Zentralkomitee

Der Verfasser der 2000 Worte beugt sich — Eine tapfere Verteidigungsrede Kriegl

Die Beschlüsse des Zentralkomitees der KPTsch, das vom 26. bis 30. Mai in Prag getagt hatte, liegen nun im Wortlaut vor. Sie dienen ausschließlich dem Reinemachen von jenen Kräften, die sich im vergangenen Jahr dem Liberalismus ergeben hatten. Im einzelnen wurden

- Ota Sik wegen seiner politischen und ideellen Standpunkte aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen,
- Frantisek Kriegl aus dem ZK ausgeschlossen,
- Frantisek Vodslon, der mit Kriegl in der Nationalversammlung gegen die Beschlüsse des ehemaligen ZK aufgetreten war, aus dem ZK ausgeschlossen, er ist Gründungsmitglied der KP,
- die Unterzeichner des Manifestes der „2000 Worte“ vom Mai vorigen Jahres, soweit sie auf ihrem Standpunkt beharrten, aus dem ZK ausgeschlossen,
- Der Verfasser des Manifestes, Vaculik, distanzierte sich von seinem Auftreten und kam mit einer Rüge davon, zwei andere Unterzeichner erhielten eine Verwarnung.

Kriegl nahm seine Disziplinierung nicht widerspruchslos hin. Er fragte: Ist auch einer jener Funktionäre ausgeschlossen worden, die eine direkte Verantwortung oder Mitverantwortung dafür tragen, daß unschuldige Menschen den Henkersknechten für den langsamen Tod übergeben wurden? Viele Mitglieder des ZK haben hohe Ämter bekleidet und sind daher für die langjährige Krise verantwortlich. Es ist ein durchsichtiges Manöver, die Verantwortung für die Mißstände auf die Reformer abzuwälzen, obwohl sie nur wenige Monate im Amt gewesen sind. Ich habe die Unterzeichner des Moskauer Protokolls vom August abgelehnt, weil es in der Zeit militärischer Besetzung der Republik und ohne

die Nationale Front, die KP und andere Organisationen dazu aufgerufen, Geld und Gold zur Stützung des Staatshaushaltes und zur Aufstockung der Goldreserven zu sammeln. Jeder erwachsene Bewohner des Landes sollte wenigstens ein Gramm Gold abgeben.

Vom 1. August bis zum historischen 21. August des vergangenen Jahres war das Sammelergebnis auf rund 200 Millionen Kronen und auf 64 kg Gold angewachsen. Anfang April dieses Jahres war ein Bestand von 80 kg Gold und 274 Millionen Kronen gemeldet worden.

Seit Wochen diskutieren zuständige Regierungsstellen darüber, was mit diesen Gold- und Geldbeständen unternommen werden soll. Im Rahmen eines Interviews mit dem Prager Rundfunk wurde jetzt mitgeteilt, daß als „ernstester Vorschlag“ der Plan Aussicht auf Realisierung habe, den Geldbetrag zur Errichtung einer Na-

Sudetendeutscher Betrieb

**BUCHDRUCKEREI Fr. Sommer**

Inhaber: Ing. Otto und Rautgundis Spinka

3100 St. Pölten, Kremser Gasse 21

tionalgalerie am Prager Belvedere (Letna) zu verwenden, die innerhalb von zehn Jahren errichtet werden könnte.

Über die 80 kg Gold ist in diesem Zusammenhang nichts gesagt worden, doch ist anzunehmen, daß ein Teil davon zur Ausprägung jener Gedenkmünzen verwendet worden ist, die seit einigen Tagen mit den Köpfen von Svoboda und Dubcek auf der einen und dem Bildnis des hl. Wenzel auf der anderen Seite in der Bundesrepublik und in anderen westlichen Ländern mit einem ungewöhnlich hohen Aufgeld angeboten werden.

## Wirtschaftsmosaik

### Fleisch wieder knapp

Schlangen vor den Fleischgeschäften sind in der tschechischen sozialistischen Republik wieder eine Angelegenheit des täglichen Lebens, berichtete der Prager Rundfunk. Der zuständige Abteilungsleiter für das Versorgungswesen im Landwirtschaftsministerium, über diese Mißstände befragt, erklärte, daß im ersten Quartal nicht nur mehr Frischfleisch verbraucht worden sei, sondern zugleich auch durch eine Verringerung des Schweinebestandes und eine Kürzung der Einfuhren die Versorgungslage in den vergangenen Wochen immer schwieriger geworden sei.

### Schwarzhandel mit Devisen

Über eine starke Belebung des Schwarzhandels mit Devisen und ein sprunghaftes Ansteigen der Kurse hat die Prager Abendzeitung „Vecerni Praha“ berichtet. Gut organisierte Gruppen haben sich darauf spezialisiert, von den Ausländern zu relativ günstigen Sätzen D-Mark, Dollar, Schillinge und andere westliche Währungen aufzukaufen, während andere Gruppen ausschließlich mit der Weitergabe dieser Devisen an jene Tschechen und Slowaken beschäftigt seien, die mit dem Gedanken spielen, eines Tages — sei es legal oder illegal — das Land zu verlassen. Bei einem Touristenkurs von 4 Kronen für 1 D-Mark erzielten die Schwarzhändler zur Zeit für 11 bis



### Staatsfeiertag in der Slowakei

Der 29. August wurde zur Erinnerung an den slowakischen Aufstand von 1944 zum Staatsfeiertag in der Slowakei erklärt.

### Frau Mnacko kehrt heim

Die Frau des Schriftstellers Mnacko ist in die CSSR zurückgekehrt. Ihr gefallen die Verhältnisse im Ausland nicht. Mnacko ist, wie erinnerlich, aus der CSSR wegen der dortigen Haltung zu Israel ausgereist, er hat sich nach den August-Ereignissen in Wien aufgehalten.

### Busverkehr Eger—Wien

Ab 16. Mai verkehrt jeden Montag und Freitag von Wien aus ein Autobus nach Pilsen—Marienbad—Eger und Franzensbad.

### Spielkasino in Karlsbad

Die Lützow-Villa in Karlsbad wird bis zum Ende des Jahres von Mietern geräumt. In ihr wird ein Spielkasino eingerichtet, um Devisen von den Ausländern zu „gewinnen“. Die Einrichtungen, Croupiers und Spieler sollen aus dem Auslande kommen.

### 250.000 Dollar Verlust

Nach Informationen der Prager Zeitungen hat das staatliche Reisebüro Cedak in diesem Jahr bisher einen Verlust von 250.000 Dollar zu verzeichnen.

### Das große Faß von Jaberlich

Vor 70 Jahren wurde das große Faß auf dem Jaberlich feierlich eröffnet. Es faßt 10.238 Hektoliter und bietet fast 400 Personen Platz. Auf der Wiener Jubiläumsausstellung von 1898 diente es als Weinstube. Mehrere Geschäftsleute aus Langenbruck haben es damals gekauft. Es kostete 600 Gulden, aber Transport und Aufbau auf dem Haberlich 5370 Gulden. Die Eintrittsgelder deckten schon im ersten Jahr die Anschaffungskosten.

### Wallfahrt nach Philippsdorf

Zu Pfingsten brachten überfüllte Züge und viele Autobusse wieder zahlreiche Pilger nach Philippsdorf. Tschechinnen, Slowakinnen und Deutsche erschienen vielfach in Tracht.

16 Kronen je D-Mark und für einen Dollar (16 Kronen Touristenkurs) 50 bis 75 Kronen.

### Zu wenig Autos

Das Angebot an Autos reicht bei weitem nicht aus, die Nachfrage auch nur annähernd zu befriedigen. Im laufenden Jahr kann nur etwa jeder dritte der rund 264.000 Tschechoslowaken, die einen Wagen bestellt und anbezahlt haben, sein Auto bekommen. Der Direktor von Mototechna, der staatlichen Organisation zur Kontrolle des Automobilabsatzes in der CSSR, erklärte in der Prager Zeitung „Vecerni Praha“, daß im laufenden Jahr nur 97.466 Wagen für den tschechoslowakischen Markt zur Verfügung stehen. Auch im nächsten Jahr werde die Situation nicht besser aussehen. Erst in etwa fünf Jahren kann ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage erreicht werden. Von den insgesamt 97.466 Wagen werden 71.816 in der Tschechoslowakei produziert. 5600 kommen aus dem westlichen Ausland, aus den Comecon-Ländern 20.050.

### Service für Ausländer

Eine neu gegründete Gesellschaft für Service und Beratung in Prag wird ausländische Unternehmen in der Tschechoslowakei vertreten und alle damit zusammenhängenden Dienste wie die Beschaffung von Ersatzteilen ausländischer Erzeugnisse übernehmen.

Die Arbeiterschaft nimmt die neue Lage nicht ohne weiteres hin. Auf einer Plenartagung des Zentralrates der Gewerkschaften gab es eine rege und nicht selten heftige Diskussion über die innenpolitische Lage und die ungeklärten Wirtschaftsprobleme. Es wurde die Fortsetzung der bisherigen Gewerkschaftspolitik beschlossen.

Der Vorsitzende Polacek kritisierte scharf die Regierung des Bundes und der zwei Länder wegen ihrer Wirtschaftspolitik, vor allem wegen der letzten Preiserhöhungen. Es würden zum großen Teil nur ähnliche Maßnahmen aus den letzten Jahren wiederholt, die sich als unwirksam erwiesen haben. Er warf den höchsten staatlichen Stellen Unklarheit, Unübersichtlichkeit, Ungenauigkeit und geringe Stabilität ihrer Wirtschaftsmaßnahmen vor. Diese sichern nur jenen, die an ausgefahrenen Gleisen und eine gewisse Mittelmäßigkeit gewöhnt sind, ein bequemes Leben.

Die Neuverteilung der Aufgaben innerhalb des ZK zeigt das Anwachsen des Einflusses der Altkommunisten gegenüber den Jänner-Reformern. Der zweitstärkste Mann neben Husak ist Dr. Strougal, ein Konservativer. Die beiden Sowjetanhänger Bilak und Indra bekamen die Referate für internationale Fragen und für Staatsorgane und Massenorganisationen, der unsichere Lenart die Wirtschaft. Die Massenmedien wurden dem Altkommunisten Kempny „anvertraut“. Husak hatte diesen Massenmedien in seinem Referat vor dem ZK den größten Raum gewidmet. Man müsse sie wieder voll in den Griff bekommen, so lautete seine Anweisung. Zeichen dieser Knebelung: von der Rede Kriegls durften die Zeitungen nicht berichten.

## SPORT-HIRSCH

Inh. H. Klement

Wien 2, Praterstr. 11, Tel. 24 26 02

Das Fachgeschäft für sämtliche Sportarten, mit großer Auswahl, geschultem Personal, individueller Bedienung und fachmännischer Beratung. Spezialabteilung für Angelsport.

und nicht termingerechte Lieferungen der Pilsener „Skoda“-Werke genannt, die drei Turbinen zu je 50.000 kW und dem Reaktorkessel beizusteuern haben.

Das von sowjetischen Fachleuten ausgearbeitete Projekt wurde in den sowjetischen und tschechischen Berichten seinerzeit als ein Bestandteil eines „umfassenden gemeinsamen Entwicklungsprogramms der sozialistischen Länder“ bezeichnet, wobei die geplante Leistung mit 150 Megawatt elektrischer Leistung angegeben wurde. Im Jänner 1963 schrieb die slowakische „Prawda“, daß zur Deckung des gesteigerten Energiebedarfs in der Tschechoslowakei bis zum Jahre 1970 zehn Atomkraftwerke mit einer Gesamt-

# Etwas über das Pilsner Bier

VON REINHARD POZORNY

Als im Jahre 1842 der Grundstein für die Errichtung eines großen Brauhauses gelegt wurde und der Beschluß verwirklicht werden konnte, in Pilsen Bier nach bayerischer Art zu brauen, wurde unbewußt gleichzeitig der erste Schritt in einer für die Stadt bedeutsamen und erfolgreichen Aufwärtsentwicklung getan. Denn bis zu diesem Zeitpunkt war Pilsen eine Stadt von untergeordneter Bedeutung. Und wenn wir schon vom Bier sprechen, so war das Pilsner Bier herzlich schlecht. Es war so schlecht, daß die ehrsamten Pilsner Bürger fremdes Bier bevorzugten und daß sich im Jahre 1838 die Behörden genötigt sahen, 36 Fässer auf dem Ringplatz öffentlich auszulassen, um dadurch die Erzeuger durch eine empfindliche Strafe zu einer besseren Biererzeugung zu verhalten.

Der erste Anfang der Bierbrauerei war das „Hausbrauen“, jede Familie konnte sich das Bier selbst erzeugen. Im Mittelalter begann die Biererzeugung langsam auf eine rationellere Grundlage gestellt zu werden, vor allem die Klöster waren es, die auf Grund eigener Hausordnungen die Biererzeugung betrieben. Die Brauberechtigung selbst scheint zu Beginn des 14. Jahrhunderts in Böhmen entstanden zu sein, denn wir finden das erstmal in einem Schöffenerbrief der Prager Altstadt vom Jahre 1308 Hinweise, in welchen die Braubefugnisse und Bürgerrechte mit dem Hausbesitz verbunden sind. In Pilsen hat König Wenzel II. Pilsen anlässlich der Erhebung zur königlichen Stadt im Jahre 1292 das Braurecht verfügt, wobei zum Ausdruck kam, daß innerhalb einer Banneile um die Stadt außer den Bürgern derselben niemand Bier brauen dürfe. Im 14. Jahrhundert bestehen bereits Zünfte, in denen sich die Bürgerschaft der Biererzeugung annahm, woraus sich im Laufe der Zeit die Braugerechtigkeit entwickelte. Die Pilsner Stadtgemeinde erwarb im Jahre 1517 das Recht, Bier brauen zu dürfen, wobei es sich nur um den Absatz im eigenen Hoheitsgebiet der Stadt handelte. Innerhalb der Bürger besaßen ausschließlich die „Brauberechtigten“ das Recht zum Brauen und Mälzen. In Pilsen, wo das sogenannte „Weiße Weizenbier“ und das „Rote Gerstenmalzbier“ hergestellt wurde, bestand schon vor etwa 250 Jahren ein Brauhausgebäude, in dem die Bürger der Reihe nach das Brauen vornahm, nachdem die häuslichen Behelfsmittel bald nicht mehr ausreichten. Im Jahre 1786 schloß sich die brauberechtigte Bürgerschaft Pilsens zu einer Vereinigung zusammen, um die Interessen der Biererzeuger und Bierbrauer von Pilsen besser wahren zu können, nachdem die hohe Obrigkeit hier bald dahinter gekommen war, daß das Bierbrauen eine nicht zu verachtende Steuerquelle war. Die Folge der sich immer mehr abzeichnenden Industrialisierung war die, daß das Recht des freien Ausschanks später auf die Wirtschaft überging und an Stelle des abwechselnden Brauens oder, wie man hierzulande sagte: „Des Reihumbrauens“, wurden Einzuhaltungen in die Braukassa geleistet, welche ihrerseits die Auszahlung und Aufteilung der eingegangenen Geldbeträge an die Mitglieder der Gemeinschaft vornahm. Dies waren die sogenannten „Braubolleiten“. Die Einkünfte dieser Kassa waren außerordentlich gut, so daß aus ihnen neben der eigenen Tasche auch namhafte Zuwendungen für den Bau des Theaters, einer Kaserne und für den Bau eines neuen Brauhauses vorgenommen werden konnten.

So war das Braurecht, das ursprünglich mehr oder minder wild betrieben werden konnte, schon an bestimmte Formen gebunden und im Besitze bestimmter Häuser bzw. Familien, denen es urkundlich erteilt wurde, wobei auch die Erbeingesessenheit der Inhaber eine große Rolle spielte. Bis zum Jahre 1842 wurde nur Oberhefenbier hergestellt. Der Eigensinn zahlreicher brauberechtigter Bürger, sowie das primitive und rückständige Brauverfahren verhinderten lange jeden Fortschritt. Die Folge davon war, daß immer mehr fremdes Bier nach Pilsen kam und gedrunken wurde.

Im Jahre 1842 befanden sich in 11 Häusern Mälzereien, die in der geschilderten Art gegen Entrichtung eines Pfanngeldes das Bierbrauen vornahm. Diese umständliche und primitive Art des Brauens verbürgte keine einheitliche Qualität und es kam unausgesetzt zu den verschiedensten unerfreulichen Zwischenfällen.

In der damaligen Zeit lebte in Pilsen ein biederer und fortschrittlicher Böhmerwälder, Wenzel Mierwald, der kurze Zeit vorher aus Langendorf (Bezirk Bergreichenstein) nach Pilsen gekommen war und hier das Gasthaus „Zum goldenen Adler“ übernommen hatte. In diesem, Ecke Ringplatz und Riegergasse gelegenen Haus verkehrten die angesehensten Bürger der Stadt und trafen sich zum abendlichen Trünke. Hier wurden hinter den Krügen auf den eichenen Tischen heftige Redeschlachten geschlagen und auch die Bierfrage stand mehr als einmal auf der Tagesordnung. Mierwald, der vor Honorationen keine übermäßige Ehrfurcht zu haben schien, griff selbst in die Wechselreden ein und war bemüht, die Herren des hohen Rates eines besseren zu belehren. Seine Ansichten faßte er immer wieder in den lapidaren Satz zusammen: „Wir brauchen ein gutes und billiges Bier, die brauberechtigte Bürgerschaft muß selbst ein Brauhaus bauen, dieses muß nach bayerischer Art eingerichtet werden und dort müssen bayerische Brauer auf eigene Faust Bier brauen.“ Es dauerte noch längere Zeit, bis Mierwald sich erbötig machen konnte, eine Abordnung zusammenzustellen, die die Vorschläge dem Bürgermeister der Stadt, Marlin Kopetzky, unterbreitete.

So kam es, daß kurze Zeit später dieser fort-

schriftliche Bürgermeister in seiner Ratsstube eine Abordnung begrüßen konnte, die neben Mierwald aus folgenden Personen bestand: Franz Bretschneider, Josef Klotz, Johann Klotz sowie Jakob Michel, Kopetzky, der wohl bereits einzusehen begann, daß sein ursprünglicher Plan, aus Pilsen eine Kurstadt zu machen, scheitern mußte, erkannte den Wert dieser neuen Vorschläge und berief eine Versammlung ein, in der über den Bau eines neuen Brauhauses entschieden wurde. Mancherlei Schwierigkeiten waren zu überwinden. So wollte die Aufsichtsbehörde den Bau verbieten, die Frage des Standortes der Brauerei war vielfach Gegenstand heftiger Meinungsverschiedenheiten und auch über die Durchführung des Projektes mußten Meinungsverschiedenheiten ausgeglichen werden. Nach und nach jedoch konnten alle Schwierigkeiten überwunden werden und im Frühjahr 1841 stand das Gebäude, an dem Baumeister Marlin Stelzer seinen großen Anteil hatte, fertig da. Weiterhin mußten schwere Kämpfe mit den Prager und Wiener Behörden ausgetragen werden, da diese die Bewilligung zum Brauen immer wieder verzögerten.

Und das Bier in Pilsen wurde immer schlechter!

Am 25. Februar 1842 langte endlich die heißersehnte Bewilligung ein, so daß im Frühjahr dieses Jahres der erste bayerische Brauer in Pilsen seinen Einzug halten konnte. Es war dies Josef Groll aus Vilshofen bei Passau, ein Mann, von dem in der Chronik vermerkt ist, daß er der „größte Bayer in Bayern“ gewesen sei, der aber ein ganz hervorragender Fachmann war. Im Gefolge Grolls befanden sich der Oberknecht Johann Eisner und der Binder Wolfgang Almer. Am 4. Oktober fand die Einweihung des neuen Brauhauses statt. Es muß nach vorliegenden Berichten ein großes Ereignis für die Stadt gewesen sein. Nun konnte die Arbeit beginnen. Am Tage des Martinmarktes, 1842, also bereits nach verblüffend kurzer Zeit, wurde das erste, nach bayerischer Art hergestellte Bier öffentlich ausgedrückt. Das neue Bier, das sich dank der besonderen Vorkehrungen und Maßnahmen Grolls sowohl durch Farbe, als auch durch Geschmack von dem bisherigen bayerischen Bier wesentlich unterschied, fand begeisterte Aufnahme und jubelnden Zuspruch. Der Anfang war gemacht,

und bald verschaffte sich das Pilsner Bier auch in der Fremde seine Freunde. Schon im Jahre 1845 hatte der Pilsner Martin Salzmann Bier nach Prag geliefert, wo sich dieses neue Getränk immer größeren Zuspruchs erfreute und von wo es seinen Siegeszug durch die ganze Welt antrat.

Als Nachfolger Grolls, der Pilsen im Jahre 1845 verließ, ist Sebastian Baumgärtner genannt, der ebenfalls aus Bayern, und zwar aus St. Salvator stammte und bis 1850 hier verblieb. Dessen Nachfolger war Jakob Blöchl aus Kreuzberg, der wegen seiner Verdienste den Titel „königlicher Oberbrauer“ erhielt. Aus dessen Heimatort stammte auch sein Nachfolger Josef Binder, der bis 1900 in Pilsen tätig war.

Über den Siegeszug des Pilsner Bieres kann gesagt werden, daß es schon im Jahre 1860 in Deutschland eingeführt war und die ersten Ansätze für eine Verbreitung in Amerika im Jahre 1870 feststellbar sind. Die Erzeugung mußte naturgemäß mit der Nachfrage Schritt halten, und im selben Jahr wurde das erstmalig die 100.000-Hektoliter-Grenze überschritten.

Es ist selbstverständlich, daß ein derartiges Erzeugnis zu Versuchen anregen mußte, das Bier in anderen Orten unter ähnlichen Bedingungen nachzuahmen, und doch sind alle diese Versuche, die vielfach von den hervorragendsten Fachleuten der ganzen Welt unternommen wurden, fehlgeschlagen. Die Ursache liegt darin, daß das Wasser, das einem artesischen Brunnen entspringt, durch reines Sandsteingebirge durchdringt und restlos rekonstruiert wird. Auch können die durch die Natur bedingten Lagermöglichkeiten in bezug auf Temperatur und Feuchtigkeitsverhältnisse eine wesentliche Rolle spielen, deren Bedeutung nicht zu ergründen ist. Denn die durchwegs in Felsen gehauenen, unterirdischen Keller, die in einer Länge von rund 20 km die Erde durchziehen, stellen Voraussetzungen dar, die als einmalig bezeichnet werden müssen. Daß es Bayern waren, die unter einem aus Elbogen nach Pilsen gekommenen Bürgermeister, auf Anregung eines Böhmerwälders vor nahezu 120 Jahren das Pilsner Bier schufen, ist mehr als ein Zufall. Es zeigt die immer wieder nachweisbare enge Verflechtung des deutschen Westens mit dem Böhmerland.

## Das südmährische Bergland

VON PAUL BRÜCKNER

Von den Grenzmarkungen Böhmens streicht gegen Südost das Böhmisches-Mährische Plateau in vier Abstufungen bis zu einer 41 km langen Bergkette, die in der Richtung von Znaim nach Rossitz zieht und die die von 760 m bis auf 160 m abfallenden Terrassen von der Ebene zwischen der Thaya und der Igel scheidet.

Dieser Höhenzug ist der östliche Teil eines uralten Massivs, das große Teile Böhmens, Mährens und Niederösterreichs bedeckt. Oberhalb Zlabings liegen in dunklen Nadelwäldern riesige Blöcke als die letzten Zeugen einer einst kompakten Granitmasse. Es sind dies die rätselhaften „Opfersteine“, die der Wanderer zu Hunderten, auf Bergalden und Talschichten verstreut, antrifft. Im ganzen Gebiet findet sich nirgends eine ausgesprochene Gebirgsform, auch fehlen scharf umrissene Gebirgsrücken. Ohne einen klar erkennbaren Gebirgszug scheidet doch diese Bodenwelle das Gebiet der March von dem der Elbe. Da die Hauptabdachung des Plateaus gegen Südost geht, muß es seine Gewässer in die Erosionstäler des Thayagebietes entsenden. Fächerförmig laufen die Täler nach dem Vereinigungspunkt der Thaya und Igel zusammen. Nur das Thayatal hält eine Strecke von 21 km genau im Meridian die Südrichtung ein, wendet sich dann ostwärts und schließt die Fächerform gegen das Donaugranitplateau mit seinen interessanten Granuliten ab. Wild zerrissene Klüfte, ragende Trümmerhalden, haushohe Granitblöcke himmelangetürmt, dazwischen üppig grüner Wald, zarte abgetönte Wiesen mit ganzen Keften größerer und kleinerer Teiche, die wie riesige Perlen im Sonnenlicht opalisieren, schmucke Siedlungen wackerer Deutscher; dies machte einst die Gegend um Zlabings zu einem reizenden Aufenthalt.

In Terrassen niedersteigend, macht der Granit dem Gefüge des Gneises Platz. Wir kommen in das Gebiet der Industriegebiete, der Kalke und Graphite im Nordosten, der Kaoline und Kohlen im Süden. Die letzte Terrasse klimmt die Rebe hinan und manches seltene Saatgut deutete um Znaim auf ein bedeutend milderes Klima, als es die zerklüfteten Höhen des Westens nur träumen lassen. Dort klare, würzige, doch scharfe Bergluft, hier die sonnenwarme Luft südlicher Gegenden.

Znaim war eine mit den modernsten Einrichtungen reich bedachte Stadt. Sie liegt in einem Kranz von Sommerfrischen, die das herrliche Thayatal mit seinen üppigen Wäldern schmücken. Im südwestlichen Teil Mährens, nahe der niederösterreichischen Landesgrenze gelegen, war Znaim der Hauptort des Thayagebietes, die größte Stadt Südmährens, der Ausgangspunkt zum Besuch der Südmährischen Schweiz. Die Stadt besaß ein eigenes Statut mit autonomer Verwaltung. Im alten Österreich beherbergte sie das 7. Infanteriebrigadekommando, das Ergänzungsbezirkskommando des ruhmreichen 99. Infanterieregiments, das 3. Bataillon des 24. Landwehriinfanterieregiments und ein Garnisonsgericht. Am linken Ufer der Thaya, des größten Nebenflusses der March, thront die Stadt 75 bis 95 Meter über dem Flußspiegel auf Bergeshöhe in 210 bis 310 m Seehöhe, mit ihren Häusermassen auf der gegen Südosten zur Niederung abfallenden Höhe sich ausbreitend. Der aus Gneistfelsen bestehende Berg fällt gegen Süden in steilen Hängen zur Thaya ab, die aus herrlichen Wald-

bare Ackerkrume deckt und „Thayaboden“ genannt wurde. Hier fällt das Plateau, das in seiner höchsten Erhebung in der Zakawa hora (809 m) und in der Javorice (835 m) erreicht hat, mit einem mächtigen Steilrand plötzlich ab.

Die Fluten der Thaya rollen den imposanten Riffen der Pollauer Berge zu. Da überblicken wir die Reste des Jurameeres, die abenteuerlichen Formen der Pollauer Berge mit Schloß und Ruine, mit Tropfsteinhöhlen und dem freien Ausblick gegen Eisgrub, wo menschliche Kunst ein Paradies geschaffen hat. Die höchste Erhebung der Pollauer Berge ist die Maidenburg mit 550 m. Das Kalkgestein, aus dem dieses Gebirge aufgebaut ist, erweist sich als hart und schwer wie die Klippenkalke der Karpaten. Am Fuße der Pollauer Berge liegt die altertümliche Stadt Nikolsburg.

Nikolsburg (248 m), 48 km südlich von Brünn und 2 km von der niederösterreichischen Grenze, ist eine alte, ehemals befestigte deutsche Stadt am Westhang des Heiligen Berges (363 m). Das

### Sudetendeutsche Buchhandlung

Heinr. Rimaneck (früher Mähr.-Osttau)

1070 Wien, Kaiserstraße 6, Tel. 02 22/93 38 764

Wir bieten an:  
Lamatsch Paul, Prager Tragödie, 200 Seiten, kart., S 35.—  
Neuerscheinungen, reichhaltiges Antiquariat.  
Lieferung porto- und verpackungsfrei.

anziehende und fesselnde Stadtbild liegt male- risch im Vordergrund des unteren Thayagebie- tes. Inmitten der Stadt auf überragendem Felsen erhebt sich der mächtige Block des imposanten, stadtherrschenden, ehemals Fürst Dietrich- steinischen Schlosses mit mehreren alten Türmen. Der älteste Bergfried stammt aus der Zeit um 1150. Das Schloß besaß prächtige, geschichtlich denkwürdige Räume, eine Bücherei mit zahlrei- chen Handschriften und Inkunabeln und wertvolle Sammlungen, von einem großen Park mit schö- nen Promenadenwegen umgeben. Die Gruffkirche ziert eine reiche Renaissancesassade. Das „große Fab“ soll größer sein als das berühmte Heidel- berger. Der Heilige Berg, wegen seiner weiten Fernsicht einst ein vielbesuchtes Ausflugsziel, wird von der Sebastian-Wallfahrtskirche gekrönt (schönes Altarblatt, Passionskapellen). Mit dem Heiligen Berg ist durch einen Engpaß der Janitsch- berg mit einer vom Verschönerungsverein errich- teten Promenadenanlage verbunden. In diesem Engpaß lag die Marienmühle. Nikolsburg und Umgebung waren eine äußerst ergiebige Wein- gegend, deren Erzeugnisse Weltluft genossen. Auf der Nordseite der Stadt erhebt sich der Berg Turoid (385 m) mit einer labyrinthartigen Grotte. Daran schließt sich in der Richtung gegen Klen- tnitz der sagenumwobene Batlichstein (363 m).

Die stolzen Burgen und die vom Zahn der Zeit niedergedrungenen Mauern der Ruinen zeigen, daß schon im frühesten Mittelalter der Adel die wilden und doch so lieblichen Talgründe des Plateaus und der Pollauer Berge zu seinem Lieblingsaufenthalte erwählte.

Durch die romantische Granitzschlucht von Znaim getrennt, liegt Pölsenberg (329 m). Hier befindet sich eine den „Kreuzherren mit dem roten Stern“ gehörige Stiftskirche mit schönen Fresken. Am Kalvarienberg vorüber gelangt man westwärts durch ein Nadelwäldchen zum Anton- brunnen und in den Weskauer Wald.

4 km südwestlich von Znaim liegt Deutsch- Konitz (308 m). Jenseits des Thayaufers gelangte man auf den Königsstuhl, zur Engelmühle, zum Sealsfield-Stein, nach Klosterbruck, auf den Ra- benstein, nach Neunmühlen, in das Salamander- tal, in die Trauhnitzmühle, nach Edeloitz und zur Burgruine Neuhausel.

Poppitz (284 m), eine Wegstunde vom Bahn- hof Znaim entfernt, ist der Geburtsort des be- rühmten Schriftstellers Charles Sealsfield. Er wurde hier am 3. März 1793 als Karl Posil ge- boren. Sein Geburtshaus steht nahe der Pfarr- kirche und war mit einer Gedenktafel geziert. Charles Sealsfield starb am 26. Mai 1864 auf seinem Landgut bei Solothurn in der Schweiz.

Schluß folgt

## Sudetendeutsche Sänger jubilierten in Linz

Sonntag, 29. Juni:

9 Uhr: Ursulinenkirche: Kath. Festgottesdienst. (Unter Leitung des Komponisten KM- Direktor Willibald Görl wird seine „Deutsche Messe“ uraufgeführt.)

9 Uhr: Martin-Luther-Kirche: Evang. Fest- gottesdienst. (Mitwirkende: Sopran-So- listin Gertraude Steiner aus Hannover.)

11 Uhr: Vereinshaus: Festakt mit Ehrungen. Mit- wirkende: Streichquartett Metzner aus Kempten, Sudetendeutscher Chor, Hansestadt Bremen. Worte: Präsident Dr. Engels, Köln.

14.30 Uhr: Vereinshaus: „Singendes, klingendes Heimatland“. (Mitwirkende: 400 Sänger und Gesangssolistin Gertraude Steiner.)

20 Uhr: Vereinshaus: Geselliger Ausklang.

Während aller Veranstaltungstage wird in den Klubräumen des Kaufmännischen Vereinshauses eine reichhaltige und interessante Ausstellung gezeigt werden. Unter den Exponaten befindet sich auch die im Jahre 1919 geweihte Fahne des jubelnden Sängerbundes (sogenannte „Roß- bacher Fahne“).

Mittels Sonderzug und Autobussen werden etwa 2000 Gäste nach Linz kommen, an den Feierlichkeiten teilnehmen und über die Dauer der Festtage das Stadtbild beleben. Am Montag, 30. Juni, werden Stadtrundfahrten, Besichtigungen und Ausflüge in die nähere Umgebung durchgeführt werden. Auf Kosten des Sudetendeutschen Sängerbun- des wurden 100.000 Stück Briefverschlusmarken mit den Motiven „Hauptplatz mit Dreifaltig- keitssäule“ und „Brückner-Orgel“ gedruckt, die seit Monaten von allen Mitgliedern des SdSB verwendet werden und womit „in aller Welt“ für die Stadt Linz erworben wird.

Kartenvorverkauf im Kartenbüro Pirngruber, Linz, Landstraße 34. Dauerkarten zum Besuch aller Veranstaltungen 8.00 S.

Der Sudetendeutsche Sängerbund (Mitglied des Deutschen Sängerbundes) mit seinem Sitz in Kitzingen am Main, wurde nach dem Zusammenbruch der Donaunarchie im Jahre 1919 gegründet. Nach dem zweiten Weltkrieg wurden in der Bundesrepublik Deutschland an die 150 Gesangsvereine gegründet, die im Sudetendeutschen Sängerbund zusammengeschlossen wurden. Dieser Sängerbund, der in den zurückliegenden Jahren beachtliche chorische Leistungen erzielte, hat nach Absprache mit der Bundesleitung des Oberösterreichisch-Salzburgischen Sängerbundes beschlossen, das Jubiläum seines 50jährigen Bestandes im Jahre 1969 in Linz durchzuführen.

Den Ehrenschutz haben Dr. Engels, Köln, Präsident des Deutschen Sängerbundes, M. Schardt, Oberbürgermeister der Patenstadt Kitzingen, und Theodor Grill, Bürgermeister der Landes- hauptstadt Linz.

Festprogramm:

Freitag, 27. Juni:

18 Uhr: Promenade: Kranzniederlegung beim Adalbert-Stifter-Denkmal (Mitwirkung: drei Gesangsvereine).

20 Uhr: Bahnhofsaal: „Volkstumsabend“ der Sudetendeutschen Jugendgruppen (Gesang, Musik, Volkstanz).

Samstag, 28. Juni:

11 Uhr: Rathaus: Empfang durch den Bürger- meister.

14 Uhr: Stift St. Florian: Kranzniederlegung am Sarkophag Anton Bruckners. (Ein Gemein- schaftschor singt das siebenstimmige „Ave Maria“ von Bruckner.)

15.15 Uhr: Neuer Dom: Domkapellmeister Professor Joseph Kronsteiner spielt auf der „Rudigier-Orgel“ Variationen sowie Werke alter Meister.

19.30 Uhr: Kaufmännisches Vereinshaus: Fest- abend (Mitwirkung von 300 Sängern).

**Glas Porzellan  
Küchengeräte  
Boutique  
Geschenkartikel**  
IN GRÖßTER AUSWAHL  
UND PREISWERT

**Plama**  
IM FACHGESCHAFT  
1061 WIEN MARIAHILFERSTR. 71-57-36-21

**Theusinger laden zur 500-Jahr-Feier ihrer Stadterhebung ein**

Nun kommt es doch zu einer 500-Jahr-Feier der Stadterhebung von Theusing. In einer Kreisratssitzung von Tepl-Petschau wurde der Beschluß gefaßt, das Heimatfesttreffen 1970 in der Patenstadt Butzbach (Hessen) ganz in den Dienst der Theusinger 500-Jahr-Feier zu stellen. Die Festlichkeiten können dort nicht nur in räumlich würdigen, sondern auch in einem entsprechend feierlichen Rahmen veranstaltet werden. Es wird aber ein Theusinger und kein „Touzimer“ Jubiläum werden. Bekanntlich veranstalten die Touzimer Bürger im Juni d. J. in Theusing eine Jubiläumsfeier, zu der auch die heimvertriebenen Deutschen eingeladen wurden. — Gezeichnet wurde der Aufruf vom Stadtbeauftragten von Theusing, Kumpe und vom Kreisbeauftragten Tepl-Petschau, Lotter.

**Bundesverband**

**Sudetendeutscher Heimattag 1969 in Wien**  
19. bis 21. September

Am 30. Mai fand wieder unter dem Vorsitz des Festausschuß-Obmanns Prof. Maschek eine Sitzung statt. Die Vorbereitungen zum Heimattag gehen bereits dem Abschluß entgegen, und in Bälde werden die Programme an alle Landesverbände und Heimatgruppen versandt werden. Es wird dringend gebeten, die angegebene Zeit für einen Besuch des Heimattages in Wien freizuhalten und gegebenenfalls den Urlaub in diese Zeit zu verlegen. Der Heimattag in Wien soll eine machtvolle Kundgebung werden, die weit über die österreichischen Grenzen einen Ausschlag geben soll.

**Geschäftsstelle geschlossen**  
Die Geschäftsstelle der SLÖ, Wien I, Hegelgasse 19/4, bleibt, wie alle Jahre, in der Zeit vom 3. Juli bis einschließlich 3. August wegen Urlaubes geschlossen.

**Rechtsschutzverband der Gmundner Pensionisten**  
Bei der letzten Monatsversammlung berichtete der geschäftsführende Obmann vornehmlich über die Wirtschafts- und Sozialtation der SL, die im Rahmen des Sudetendeutschen Tages am Pfingstmontag in Nürnberg bei ausgezeichnetem Besuch abgehalten wurde. Er berichtete, daß das Zentralbesoldungsamt auf Grund einer seinerzeitigen Vorstellung beim Finanzminister

neuerdings eine Verständigung an die Gmundner Pensionisten hinausgegeben hat, in der auf die Möglichkeit einer einmaligen Geldaushilfe bis zur Höhe von S 3000.— im Jahr hingewiesen wurde. Leider meldeten sich einige Mitglieder, welche dieses Rundschreiben nicht erhalten haben. Die Verbandsleitung wird dieser Säumnis nachgehen. Von den Anwesenden wurde mit Bedauern auf das rigorose Vorgehen der zuständigen Stellen bei der Beurteilung derartiger Ansuchen verwiesen. Wenn die Bundesrepublik Deutschland schon eine Million D-Mark jährlich zur Verfügung stellt und nach den in Bonn eingeholten Erkundigungen eine großzügige Handhabung schon seinerzeit ins Auge gefaßt hat, so ist es unverständlich, warum österreichische Stellen hier päpstlicher sein wollen als der Papst. Besteht hier noch immer der Neidkomplex, der noch vor wenigen Jahren bestanden hat und durch ein menschliches Verstehen der hohen Bürokratie endlich ausgeräumt zu sein schien. Oder vielleicht nicht? Es wäre angezeigt, wenn die zuständigen österreichischen Stellen bei der nächsten Routinebesprechung das Gespräch auf eine soziale Aushilfe an diejenigen Gmundner Pensionisten bringen würden, die wesentlich schlechter gestellt sind als ihre in der BRD lebenden ehemaligen Kollegen, die nach dem Gesetz zu Art. 131 GG versorgt werden. Diese seit 15 Jahren erbetene gerechte Angleichung sollte zumindest Wirklichkeit werden, solange noch nicht der letzte Gmundner Pensionist diese Welt verlassen hat. Ein bißchen Menschlichkeit und ein guter Wille könnten hier einigen Hundert alten Leuten den ohnedies tristen Lebensabend verschönern helfen, zumal die BRD außer der bisherigen einen Million D-Mark jährlich nur noch an die 800.000 DM degressiv zu leisten hätte und sicher leisten wird, wenn die Interessen der Gmundner Versorgungsempfänger, die heute noch keinen Rechtsanspruch auf ihre Versorgung besitzen, von der österreichischen Delegation ernsthaft und guten Willens vertreten würden.

**Wien**

**Abschied von Lm. Neusser**  
Sonntag, am 2. März 1969, kehrte der allseits hoch geachtete und beliebte Dipl.-Ing. Hans Stanislaus Neusser, Betriebsleiter, in die ewige Heimat zurück. Seine sterbliche Hülle wurde am Freitag, 7. März 1969, der Erde übergeben. Es fand sich eine ungemein zahlreiche Trauergemeinde ein, die ihm das letzte Geleit gab. Der Kulturreferent der SLÖ, Dipl.-Ing. Maschek, sprach bewegte und anerkennende Worte über diesen, durch einen plötzlichen Herzinfarkt mitten aus dem Leben herausgerissenen tüchtigen, selbstlosen und bescheidenen Menschen. Mit dem letzten Wunsch des Verstorbenen, dem großen Zapfenstreich, geblasen von der Sudetendeutschen Jugend, nahmen wir Abschied von dem Verehrten im Zeichen des Gedenkens. Ein guter Kamerad, ein aufrichtiger Neutitscheiner ist von uns gegangen. Es verliert der Verein der Heimatgruppe Neutitschein einen ihrer besten Söhne. Ing. Neusser war Obmannstellvertreter der Neutitscheiner in Wien und Schriftführerstellvertreter der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Es zeigte sich hier wieder, wie hart das Schicksal der Heimatvertriebenen ist. Die Mutter wurde in Ostdeutschland, der Vater und die Urnen am Neutitscheiner Friedhof begraben. Ihm, dem Entschlafenen, möge nun die Wiener Erde leicht sein und er möge hier in seiner zweiten Heimat Ruhe und Frieden finden.

**Böhmerwaldbund**

Von vielen Notenblättern war der Singgruppe der Name Anton Urban als Komponist einiger Böhmerwalddlieder, besonders durch die Vertonung des Watzlik-Gedichtes „Kein Herrgott kann's so wenden“, sehr wohl bekannt, doch als er eines Tages einmal persönlich eine Gesangsprobe beiwohnte, freuten sich alle sehr, ihn kennenzulernen oder den Landsmann wiederzusehen. Der Abend verlief daher auch besonders nett, und da Herr Urban zum Abschied uns auch noch zu sich nach Bruck/Leitha einlud, versprochen wir gern zu kommen. Am Sonntag, dem 1. Juni, war es so weit. Eine Gruppe von 15 Personen besuchte Anton Urban auf seinem „Hartauerhof“, der wohl noch im Auf- und Umbau begriffen ist, aber einen hervorragenden Eindruck macht und eine gute At-

mosphäre ausstrahlt. Die schöne Zusammenarbeit aller Familienmitglieder ist überall zu spüren. Vollends hat aber alle die großzügige Gastlichkeit dieses Hauses überrascht — die Anrainer wahrnehmlich das spontane „Konzert“ der Singgruppe im Garten, wobei der Hausherr fest mitsang. Wir ließen ihn und die Damen des Hauses hochleben und dankten aufrichtig für den schönen, langen Nachmittag, der uns in lieber Erinnerung bleiben wird.

Wir ersuchen Sie, bereits jetzt Ihre Verwandten und Freunde zum Sudetendeutschen Tag am 20. und 21. September nach Wien einzuladen und besonders den Samstag ab 18 Uhr freizuhalten, da treffen sich die Böhmerwälder im Weinhaus Zeilinger, Wien 15, Mariahilfer Gürtel 23—27 (Nähe Westbahnhof).

In der Folge 10 der „Sudetenpost“ ist uns bedauerlicherweise ein Schreibfehler unterlaufen, und wir laden alle Böhmerwälder zu dem letzten Heimatabend vor der Sommerpause am Sonntag, dem 22. Juni 1969, um 17 Uhr im Restaurant Schlögl, Wien 15, Sechshausstraße 7, ein.

**Bruna in Wien**

Am Fronleichnamstag, dem 5. Juni, veranstaltete unsere Landsmannschaft ihre traditionelle Besuchsfahrt zu den Massengräbern in den Grenzfriedhöfen Niederösterreichs. Diesmal konnten wir liebe Landsleute der Bruna-Linz unter Führung ihres Obmannes Ing. Ehrenberger und Gattin als Teilnehmer begrüßen. Der Leiter der Gräberfürsorge der BRD, Lm. Josef Jahn und Gattin, waren aus Mannheim gekommen, um bei unserer Fahrt mitzuhalten. Wie immer seit Jahren stellte sich Lm. Wolf (ehemals Drogerie, Krapfengasse) aus München ein.

Der Wettergott war uns diesmal nicht sonderlich hold gesinnt. Doch letztlich meinte er es doch gut mit uns Brünner Pilgern, da bei der Hauptfeier vor dem Massengrab in Drasenhofen der Regen aufhörte.

Wie jedes Jahr wurden die Friedhöfe in Stammersdorf, Wolkersdorf, Markt Pirawarth, Wilfersdorf, Poysdorf, Herrenbaumgarten, Steinabrunn aufgesucht. Nach einer Ansprache des Obmanns, Ing. Oplustil, wurden die Kerzen entzündet und ein schöner Kranz niedergelegt, eine gemeinsame Andacht verrichtet. In Drasenhofen überreichte Bundesobmann Ing. Oplustil Herrn Regierungsrat Keck, der in Vertretung des Herrn Landeshauptmannes gekommen war, für seine aufgeschlossene Mitarbeit unserer Gräberneugestaltung die große goldene Ehrennadel. Altbürgermeister Haas, Bürgermeister Wallner

**JOKA-VERKAUFSTELLE**  
Sitz- und Schlafmöbel-Matratzen in großer Auswahl  
Klaviers: erstklassige Marken; auch überspielte Klaviers

**F. Kreuzers Wtw.**  
Klagenfurt, Kardinalplatz 1, Tel. 82.3.60  
Günstige Rabatte!

und Pfarrer Neubauer wie Chordirektor Haas aus Drasenhofen, mit ihnen Lm. Wolf, erhielten die silberne Ehrennadel der Landsmannschaft. Alle Ausgezeichneten erwiesen uns Vertriebenen durch all die Jahre beispielhaftes Entgegenkommen und kameradschaftliches Verständnis für unsere Bestrebungen, für das wir nicht genug dankbar sein können. Lm. Wolf scheute die gewiß nicht kurze Wegstrecke von München nach Wien niemals, um ja immer jedes Jahr pünktlich zur Stelle zu sein, wenn es galt, am Fronleichnamstag unsere Toten zu besuchen.

Nach der feierlichen Segenandacht in der Pfarrkirche zu Drasenhofen bewegte sich ein langer Prozessionszug, zu dem sich die Bevölkerung dazugesellte, zum Massengrab. Die Totenerhebung vor diesem Massengrab gestaltete sich wie immer zu einem aufwühlenden Erlebnis. Nach der Einsegnung durch Pfarrer Neubauer umrahmte ein Singchor die Feier durch den gefühlvollen Vortrag zu Herzen gehender Chöre. Obmann Ing. Oplustil fand ergreifende Worte für unsere Toten. Nach ihm ergriff Reg.-Rat Keck das Wort und überbrachte Grüße der Landesregierung. Lm. Jahn, Mannheim, wies in seiner Ansprache darauf hin, daß unsere Schicksalsverbundenheit weder Meilen noch Grenzen trennen könne, wenn es gilt, unserer Toten zu gedenken und sie zu ehren. Am Massengrab wurde ein großer Kranz der nö. Landesregierung und ein schöner Kranz der Bruna-Deutschland niedergelegt.

Die Rückfahrt brachte uns nach Wetzelsdorf, Erdberg und Mistelbach, wo vor den Mahnmalen gleiche Feiern mit Kranzniederlegungen abgehalten wurden.

In Kollbrunn wurde eine Rast eingestaltet und das Vesperbot eingemommen. Obmann Ing. Oplustil dankte den Gastteilnehmern, Reg.-Rat Keck, Lm. Jahn und Gattin, und den Landsleuten aus Linz für ihre Teilnahme an unserer Gräberbesuchsfahrt. Er gab seiner Freude über die Schicksalsgemeinschaft Ausdruck, welche durch diesen gemeinsamen Pietätsakt am Fronleichnamstag so beispielhafte Offenbarkeit fand. Auch Ing. Ehrenberger nahm das Wort und dankte für die Mühe und Umsicht, welche die Bruna-Wien der Gräberbetreuung widmet, und Lm. Josef Jahn sprach sich lobend über die zielbewußte Arbeit unserer Landsmannschaft hinsichtlich der Gräberfürsorge aus und versprach auch die Hilfe der Bruna in Deutschland für diesen edlen Zweck.

In Purkersdorf und Hollabrunn legte Obmannstellvertreter Otto Lunz Kränze der „Bruna“-Wien nieder.

**Humanitärer Verein**

Zum letzten Vereinsabend vor den Ferien, dem am 1. Juni im Saale unseres Vereinsheimes abgehalten wurde, hatten sich unsere Landsleute recht zahlreich eingefunden. Obmannstellvertreter Meidl begrüßte in Vertretung des zum Sudetendeutschen Tag beurlaubten Obmannes Escher die Landsleute, darunter als Gast aus der BRD Lm. Ertel von Röwersdorf. Nach verschiedenen Verlaubarungen und Hinweisen beglückwünschte er die Geburtstagskinder. Der 1. Kassier Paul Brückner übergab den besonderen Geburtstagskindern, Paula Hundsdorfer, unserem Kapellmeister Heinrich Gruber und der Nichte für Gertrud Müller ein Heimatbild von der Vereinsleitung. Unter den Geburtstagskindern befindet sich (1. Juli) die hochverdiente Gattin unseres Obmannes, Franz Escher, die in einer außerordentlichen Leitungssitzung gefeiert werden wird. Mit großem Beifall wurde das Erscheinen des Zitherhumoristen Schwarzer begrüßt, der dann mit seinen neuesten Vorträgen wesentlich zum guten Gelingen des Abends beitrug. Auch Herr Gruber am Klavier erfreute unsere Landsleute mit stimmungsvoller Unterhaltungsmusik. Außerdem bedankte er sich bei Lm. Brückner für die Überreichung des Heimatbildes mit dem 15er-Schützen-Marsch „Für Österreichs Ehr“ von Latzelsberger.

**Neubistritz**

Am Dreifaltigkeitssonntag trafen sich unsere Landsleute aus Niederösterreich und ein großer Teil aus Wien beim Mahmal der Heimatvertriebenen in Reingers unter zahlreicher Beteiligung der ortsansässigen Bevölkerung zur Feier der Heiligen Dreifaltigkeit als Ersatz der Klosterwallfahrt. Die Obfrau unserer Landsmannschaft, Martha Macho, hat zu dieser Feier aufgerufen und den Herrn Pfarrer in Reingers gebeten, sowohl diesen Aufruf als auch das Programm der Dreifaltigkeitsfeier von den Kanzeln der umliegenden Pfarrkirchen vorher verlesen zu lassen. Um 10 Uhr hielt Pfarrer Löffler eine heilige Messe, bei welcher Herr Bürgermeister Frasi mit seiner Kapelle die Deutsche Messe von Franz Schubert intonierte. Vor dem Mahmal und vor dem Kriegerdenkmal legte die Obfrau anschließend im Beisein der Landsmänner Brunner, Wallenta, Röschl und Haring je einen Kranz mit unseren Heimatfarben nieder, wobei die Kapelle Frasi den Choral „Der Himmel rühmet“ intonierte. Altbürgermeister Macho hielt die Festrede, welche die Kapelle Frasi mit dem „Guten Kameraden“ abschloß. Von den Fahnenmasten flatterten die schwarz-rot-schwarzen und die rot-weiß-roten Fahnen. Außerdem war bei dem Mahmal und dem Kriegerdenkmal unsere Neubistritzer Heimatfahne aufgestellt. Nach dem von Propst Biedermann gehaltenen Segen mit Predigt fand im Gasthause eine Versammlung unserer Landsleute statt, zu welcher wir als Redner Lm. Doktor Schembera gewinnen konnten. Dr. Schembera brachte eine umfassende Darstellung über den Stand der Vermögensverhandlungen mit den deutschen und österreichischen Regierungsstellen. Die über 400 anwesenden Landsleute aus dem Kreis Neubistritz stimmten einmütig über eine von Lm. Ing. Macho verlesene Resolution ab, in welcher die Sudetendeutsche Landsmannschaft (SLÖ) veranlaßt wird, der österreichischen Regierung den Unmut über die schleppenden Vermögensverhandlungen zum Ausdruck zu bringen.

**Troppau**

Beim Monatstreffen im Juni berichtete der Obmann über den Sudetendeutschen Tag in Nürnberg, der wieder zu einem großen Erlebnis und einem Bekenntnis der Sudetendeutschen zu ihrer alten Heimat auf der Grundlage eines gerechten Friedens geworden ist. Er überbrachte zusammen mit Provinzial P. Tonko die vielen Grüße der an die 400 in Nürnberg-Fürth zusammengekommenen Troppauer und verwies auf den Sudetendeutschen Heimattag am 20. und 21. September 1969, der zu einem großen Wiedersehensfest der Troppauer und der übrigen Landsleute aus dem Sudetenland und Südmähren in Wien werden soll.

Zahlreiche Anfragen aus den Reihen der Versammlung gipfelten in dem Verlangen nach einer oftmals versprochenen und nicht eingehaltenen Erweiterung der bisher gewährten bescheidenen Entschädigungen nach dem Bad-Kreuznacher Abkommen. Mit beispielhafter Geduld haben die Vertriebenen in Österreich auf eine Erfüllung ihrer gerechten Ansprüche gewartet. Sie haben damit ihre vorbildliche staatsbürgerliche Gesinnung unter Beweis gestellt. Es ist für sie aber einfach unverständlich, daß die österreichische Bundesregierung trotz wiederholter Zusagen keinen greifbaren Erfolg in der Entschädigungsfrage nachweisen konnte. Die Unmutsäußerungen der Versammelten wendeten sich an die Bundesleitung der SLÖ bzw. die Leitung des VLÖ, die österreichische Bundesregierung auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen, bevor es zu spät ist.

Bedauerlich ist es, daß zwischen der österreichischen und der deutschen Bundesregierung noch immer keine Einigkeit erzielt werden konnte, den weit aus überalterten, nur noch zirka 3000 Gmundner Pensionisten die seit Jahren fällige und erbetene Gleichstellung mit den ehemaligen Beamten und Angestellten, die nach der BRD vertrieben wurden, zu erwirken. Menschlichkeit und Menschenrechte sind scheinbar bei manchen Bürokraten nicht zu finden. Fiskalistische Spitzfindigkeiten sind neben dem unlegbaren Neidkomplex in diesen Fällen keineswegs am Platz.

Unter den Geburtstagskindern ragt diesmal die Sanitätsratswitwe Hermine Charwat hervor, die am 17. Juni 1969 in Linz ihren 100. Geburtstag beging und Mittelpunkt großer Ehrungen war. Eine Abordnung der Troppauer aus Wien überbrachte der Jubilarin die Glückwünsche der Heimatgruppe Troppau.

Die nächste Zusammenkunft findet erst am 14. September im Vereinsheim Kührer statt.

**Kärnten**

**Klagenfurt**

Der Tagesausflug mit dem Reisebüro Springer am 1. Juni auf das Naffeld war für die 38 Teilnehmer wieder ein Erlebnis besonderer Art, da die meisten von ihnen, auf Grund ihres Alters, nur schwerlich die Möglichkeit hätten, dieses schöne Fleckchen Erde kennenzulernen. Auch der Wettergott spielte diesmal mit. Mit gewohnter Pünktlichkeit fuhren wir um 6.30 Uhr vom Neuen Platz ab. Schon um 8.15 Uhr gab es in Hermagor ein zweites Frühstück. Die etwa 11 km kurvenreiche Strecke bis aufs Naffeld bedarf einer großen Fahrkunst. Nach einem kleinen Spaziergang — die Frauen pflückten fleißig Blumen — gab es um 12 Uhr ein gutes und reichhaltiges Mittagessen. Anschließend fuhren wir an die Grenze und konnten dank eines Dolmetschers auch ohne Pässe geschlossen die Grenze zu Fuß passieren. Im nahegelegenen Lokal wurde billiger Wein getrunken, Andenken gekauft und um 14 Uhr fuhren wir bereits in Richtung Weißensee weiter. Dort hatten wir zwei Stunden Aufenthalt und jeder war von der Schönheit des höchsten und kältesten der Kärntner Seen und dessen Umgebung tief beeindruckt. Um 17 Uhr war das Startzeichen für die Heimfahrt und kurz nach 19 Uhr landeten wir wohlbehalten in Klagenfurt. Jeder der Teilnehmer war während des ganzen Tages guter Laune und losgelöst vom Alltag und alle dankten dem Obmann und Reiseleiter Lm. Puff für das Zustandekommen dieser Fahrt.

**Oberösterreich**

**Erwin Friedrich — ein Sechziger**

Am 17. Juni vollendete Erwin Friedrich, 2. Bundesobmann und Landesobmannstellvertreter der Landesgruppe Oberösterreich, das 60. Lebensjahr. Am Vorabend fanden sich Landesobmann Hager und Vertreter aller in Linz ansässigen Heimat- und Ortsgruppen wie auch der SLÖ aus Enns-

**20.000 Böhmerwälder in Passau**

20.000 Heimatvertriebene aus der Bundesrepublik und Österreich kamen zum 5. Bundestreffen des Heimatverbandes der Böhmerwälder in die Patenstadt Passau. Glanzvollen Höhepunkt und Abschluß des Böhmerwaldtreffens bildete am 15. Juni das Hochamt im Dom, das Bischof Antonius zelebrierte, und die Großkundgebung in der Nibelungenhalle. Ein farbenprächtiges Bild bot der Festzug durch die Stadt.

Bischof Antonius, der auch die Schirmherrschaft über das Treffen übernommen hatte, gab in seiner Predigt zu bedenken, daß Heimat nicht nur den Ort und die Landschaft der Geburt bedeuten könne. Vielmehr bedeute „Heimat im letzten und wahrsten Sinn“ das Daheimsein bei Gott. Trotzdem sei es notwendig, daß die Böhmerwälder ihre Sitten und Gebräuche pflegten und ihre Dichter und Denker verehrten. Das sei der eigentliche Sinn auch dieses Treffens. Jeder Mensch habe ein Recht auf Heimat, und die Böhmerwälder sollten dieses Recht immer und immer wieder anmelden. Dies müsse jedoch im Sinne des Friedens und der Toleranz geschehen und nicht mit Lärm und Gewalt. Im Anschluß an das Pontifikalamt weihte Bischof Antonius die Fahnen des Deutschen Böhmerwaldbundes Augsburg und Umgebung und der Böhmerwaldjugend Baden-Württemberg.

Nach dem Gottesdienst zogen 35 Trachten- und Heimatgruppen zur Nibelungenhalle. An der Spitze des Zuges gingen der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Dr. Walter Becher (MdB), Oberbürgermeister Dr. Emil Brichta und der Bundesvorsitzende der Böhmerwälder, Ministerialdirigent Adolf Hasenöhrli.

In das bunte Bild der Trachten und Fahnen mischten sich auch Transparente politischen Inhalts, wie „Verzicht bringt keinen Frieden“, „Nur eine gerechte Lösung ist von Dauer“, „Recht ist unteilbar“. Die Nibelungenhalle konnte die zahlreichen Teilnehmer der Großkundgebung kaum fassen. Nach dem gemeinsam gesungenen Lied „Tief drin im Böhmerwald“ begrüßte Adolf Hasenöhrli die Ehrengäste.

Großer Beifall begleitete die Rede des Sprechers Dr. Becher. Das große Gefühl der Zusammengehörigkeit lasse die Böhmerwälder immer wieder neue Kraft schöpfen. Scharf wandte sich Becher gegen die Berichterstattung in Rundfunk und Fernsehen über die Vertriebenen und ihre Treffen. „Wir sind keine Sonntagsredner und

Volksverwirrer, sondern wir sind ein Faktum.“ Auch die Hunderttausende und Millionen Vertriebenen aus dem deutschen Osten seien eine Realität, der man Rechnung tragen müsse.

Gleichzeitig hob Becher hervor, daß die Böhmerwälder nicht nur zu ihrem eigenen Treffen, sondern auch als Besucher der Europäischen Wochen in Passau seien. Damit sei anschaulich dokumentiert, daß für die Vertriebenen die Alternative zum jetzigen Zustand nicht ein neues großdeutsches Reich, sondern die Verbundenheit in einem freien Europa sei.

Oberbürgermeister Dr. Brichta entbot den Böhmerwäldern einen herzlichen Willkommensgruß, Regierungsdirektor Dr. Vetter überbrachte die Grüße des Bundesvertriebenenministeriums. Hasenöhrli schloß den offiziellen Teil der Veranstaltung mit dem Dank an alle Beteiligten, besonders an den Schirmherrn, Bischof Antonius, und an seine Landsleute. Anschließend kam es in der Nibelungenhalle und in vielen Gasthäusern der Stadt zu Heimattreffen.

Bereits am Samstag waren weit über 5000 Böhmerwälder nach Passau gekommen, um am dem großen Bundestreffen teilzunehmen. Am Vormittag hatte Ministerialdirigent Hasenöhrli vor dem Landschaftsrat über die künftigen Aufgaben der Heimatleitungen und des Heimatverbandes gesprochen.

Den ganzen Samstag fanden in verschiedenen Lokalen Tagungen der Heimatkreise und viele Gemeindetagungen statt. So war zum Beispiel das erstmals organisierte Treffen der Gemeinde Kaltenbach ein voller Erfolg. Es wurden rund 500 Teilnehmer gezählt.

Zu Ehren der Gefallenen und Toten und des großen Heimatdichters Adalbert Stifter wurden am Ehrenmal am Dom, auf dem Friedhof und am Stiftergedenkhau Kränze niedergelegt. Am Spätnachmittag führten die Sing- und Spielscharen Baden-Württemberg und Bayern sowie die Böhmerwaldjugend ein großes Freilichtspiel nach Motiven der „Prager Briefe“ von Kulturpreisträger Hans Leo Mally auf. Am Samstagabend trafen sich die Böhmerwälder zu einem großen Heimatabend in der Nibelungenhalle, der von der Böhmerwaldjugend, den Trachten- und Heimatgruppen, den Singgruppen und den Volksmusikern unter der Leitung von Adolf Heidler gestaltet wurde.

(Passauer Neue Presse)

Neugablonz im Hause des Jubilars ein, um die herzlichsten Wünsche zu überbringen. Die kurzen Reden zeigten die Leistungen auf, die Friedrich für die Volksgemeinschaft erbracht hatte, aber auch die Freundschaft, die er bei seinen Heimatfreunden genoß. (Die „Sudetendpost“ wird in der nächsten Ausgabe näher berichten.)

**Kefermarkt**

Bei unserer Ausschusssitzung am 8. Juni 1969 übergab unser Ehrenmitglied Alois Ruschak die Kassa der Ortsgruppe Kefermarkt dem Landsmann Josef Schicho.

Ehrenmitglied Alois Ruschak wird nach seiner Hochzeit am 14. Juni 1969 nach Hagenberg übersiedeln. Für seine mühevollen Arbeit in der Ortsgruppe Kefermarkt wurde von der Ortsgruppe ein Familienbild überreicht, wir wünschen ihm viel Glück und Segen.

**Neue Heimat**

Nach wechselvollen Jahren und an Begebenheiten reichem, mit Arbeit ausgefülltem, auf das Wohl der Familie ausgerichteten Leben trat mit 1. Juli d. J. Lm. Josef Kastl in den ersehnten Ruhestand. In Prachattitz geboren, kam er nach der Ausbildung frühzeitig nach Prag. Zuletzt beim Reichsprotector angestellt, kam er nach Ausbruch des Krieges im grauen Rock als Soldat der Wehrmacht seinen Pflichten nach. Nach dem Zusammenbruch teilte er mit seiner Familie das Los vieler seiner Landsleute. Während seine Frau mit Sohn nach Westdeutschland ausgesiedelt wurden, überraschte ihn der Umsturz in Linz. Hier fand er in der VÖEST Beschäftigung und später in der Lagerwirtschaft eine Anstellung, die ihn beruflich ausfüllte. Lm. Kastl, seit 1958 Mitglied der Landsmannschaft, versieht seit fast zehn Jahren im Sprengel Neue Heimat die Kassierstelle in überaus lobenswerter und korrekter Weise. Seine vorbildliche Tätigkeit würdigte der Sprecher der SL durch Verleihung der Goldenen Ehrennadel. Nun sein Schiff, frei von beruflichen Sorgen, ruhigeren Gewässern entgegenesegelt, wünschen wir unserem Kassier bei bestem gesundheitlichen Wohlbefinden noch viele glückliche Jahre der Zufriedenheit.

**Südmährer in Linz**

Wie bereits angekündigt, gestaltet die Verbandsleitung auch heuer wieder in bequemem Reisebussen die Anreise zum 21. Bundestreffen der Südmährer in Geislingen/Steige. Alle in Oberösterreich und Salzburg lebenden Südmährer werden aufgerufen, sich an diesem schönen, freudigen und ereignisreichen Zusammenfinden in Geislingen zu beteiligen. Die Abreise erfolgt am Freitag, dem 25. Juli, um 7.30 Uhr vom Blumauerplatz, Linz, vor dem BB-Direktionsgebäude, Ankunft in Geislingen/St. 16 Uhr; die Rückreise am Montag, dem 28. Juli, ab Geislingen-Bahnhof um 8 Uhr. Ankunft in Linz-Blumau, nach zweistündigem Aufenthalt in München, um etwa 20 Uhr. Fahrpreis: S 250.— für die Hin- und Rückfahrt. Quartiere für Nächtigung in Hotels, Pensionen oder privat sind bereits vorbestellt. Zustiegstellen: Überall an den Orten, die an der Bundesstraße Linz-Salzburg gelegen sind, auch in Salzburg.

Anmeldungen und nähere Auskünfte bis längstens 5. Juli bei Obmann Jos. Nohel, Linz, Goethestraße 63, Tür 11, auch telefonisch unter 28 9 23 (Vorwahl 0 72 22) Linz, täglich von 10 bis 12 und 14 bis 18 Uhr. Nach dem 5. Juli 1969 Anmeldungen nur mehr in der Kanzlei der Sudetenpost, Linz, Goethestraße 63, Tür 20, eventuell telefonisch unter Ruf Nr. 27 3 69 (nur vormittags). Mit Rücksicht auf die zu erwartende größere Beteiligung, kann die Vergabe der Plätze in den Bussen nur nach dem Datum der Anmeldung und Einzahlung der Reisekosten vorgenommen werden. Auf Wiedersehen in Geislingen, Nohel.

Geburtstage: Frau Hermine Charwat, Arztschwägerin aus Troppau, beging am 17. Juni in Linz, im Dörfel 13, ihren 100. Geburtstag. Auch vier Südmährer entbieten der greisen Jubilarin recht herzliche Glückwünsche. Frau Hildegard Wänke, geb. Motyka, aus Nikolsburg wurde am 17. Juni 60 Jahre (in Linz-Urfahr, Ferd.-Markl-Straße Nr. 33/ID), Frau Antonie Schwarzer aus Znaim am 13. Juni 72 Jahre (in Linz, Weissenwolffstraße 3/14), Frau Helene Northoff aus Prag am 19. Juni 77 Jahre (Linz, Stockhofstraße 7, Kreuzschwestern). Herzliche Glückwünsche!

**Giengener Besuch in Köflach**

Vor zehn Jahren wurde zwischen den Städten Köflach (Weststeiermark) und Giengen (Nordwürttemberg) eine Freundschaft geschlossen. Beide Städte sind ungefähr gleich groß und haben sich besonders in den Nachkriegsjahren stark entwickelt. Aus Giengen stammte der steirische Heimatdichter und Köflacher Ehrenbürger Hans Klöpfer. In beiden Städten bestehen auch starke sudetendeutsche Gruppen, die im gesellschaftlichen Leben der Städte eine Rolle spielen. Wiederholt haben schon Besuch und Gegenbesuch stattgefunden. Diesmal kam die Sudetendeutschen aus Giengen für einige Tage nach Köflach. Das Treffen war von den Landsleuten in Köflach aufs freudigste vorbereitet.

Die Giengener standen unter Führung des Landmannes Stadtrat Glaser. Sie kamen, 55 an der Zahl, in einem Autobus nach Köflach und trafen am Fronleichnamstag pünktlich um 18 Uhr ein, begrüßt durch eine stattliche Anzahl von Köflacher Landsleuten. Den Damen wurden Nelkensträußchen überreicht, die erste Begrüßung und Annäherung erfolgte bei einem kleinen Imbiß im Bufett des Volksheimes. Anschließend fuhr man nach Rosental, wo ein Großteil der Gäste im Gemeindegasthof untergebracht wurde. Die anderen wurden von Lm. Mayer in die Quartiere in Voitsberg geleitet. In Rosental wurden die Kontakte noch enger geschlossen.

Das Programm für den Freitag sah eine Besichtigung der Glasfabrik Stölze vor, wo Werkdirektor Gratzl die Gäste persönlich willkommen hieß. Dr. Gauby führte durch die Anlagen. Eine kleine Jause, von der Fabrikleitung gegeben, stärkte die Besucher. Liebliche kleine Vasen waren das Gastgeschenk. Der Nachmittag verging mit einer Besichtigung des Gestüttes Piber. Auch dort war man sehr gastfreundlich.

Den Höhepunkt des Treffens bildete der Festabend im schönen, mit Fahnen und Wappen gezierten Saal des Volksheimes. Bezirksobmann Seidl konnte mit den Freunden aus Giengen auch die Vizebürgermeister Zwanzger und Daum als Ehrengäste begrüßen, aus Graz war der geschäftsführende Landesobmann Direktor Schwab gekommen. Für die Gestaltung des Programmes hatte sich die Sing- und Spielgruppe Köflach unter Leitung von Musikschuldirektor Rommisch zur Verfügung gestellt. Diese Gruppe — die übrigens in Kürze in Giengen zu Gast sein wird — braucht man in Österreich nicht vorzustellen. Sie ist schon oft im Rundfunk zu hören gewesen. Selten kann man eine so ausgeglichene Chorgemeinschaft mit so vielen guten Stimmen hören, selten erlebt man eine so korrekte und bei aller Korrektheit gefühlvolle Darbietung. Das Programm des Chores war auf das Lyrische abgestimmt: Morgensonne lächelt auf mein Land von H. Spitta, Weiß mir ein Röselin (Volksweise), Sanft sind die Wiesen augetan (W. Kainz). Mit Recht entreteten die Sänger warmen Beifall. Frau Mayer und Herr FINDER gestalteten das weitere Programm mit Gedichten, die dem Heimatgedanken galten und dem Sudetendeutschen Kulturmanach entnommen waren.

Der herzlichen Begrüßung durch Obmann Seidl dankte Stadtrat Glaser aus Giengen, der das Entstehen der Städtefreundschaft erklärte: vor zehn Jahren hat die Sing- und Spielgruppe zum erstenmal in Giengen gastiert. Als sich die beiden Bürgermeister auf „neutralem“ Boden getroffen hatten, war die Freundschaft besiegelt worden. Die beiderseitigen Gemeinderäte brachten das nötige Verständnis auf und förderten die Freundschaft. Eine weitere Voraussetzung bildete das Bestehen der sudetendeutschen Landsmannschaft in beiden Städten.

Vizebürgermeister Zwanzger begrüßte namens der Stadt Köflach die Gäste und stellte fest, daß die Freundschaft von Jahr zu Jahr fester wird. Sie hat sich auch bei der Schlammkatastrophe vor einigen Jahren, die Köflach betroffen hat, bewährt.

Die Festansprache hielt der Chefredakteur der Sudetenpost, Putz. Er stellte sie auf den Heimatbegriff ab. Er sah eine Dreieinigkeit der Heimatliebe in der Liebe zur alten Heimat, zur neuen Heimat und zur sudetendeutschen Volksgemeinschaft. Die Heimatliebe sei auch mit der Treue zum deutschen Volkstum verbunden. Diese stehe mit der Liebe zur neuen Heimat in keinem Gegensatz. Wenn man auf eine große Gemeinschaft Europa hinsteuere, so könne man die Gemeinschaft der Deutschen in Deutschland, Österreich, der Schweiz und in der Tschechoslowakei nicht übersehen.

Zwischen den Landsmannschaftsgruppen in Köflach und Giengen wurden dann Geschenke ausgetauscht. Die Giengener erhielten als Erinnerung an den Besuch in Piber einen Lipizaner aus Augarten-Porzellan und nahmen als Gegengeschenk ein Bild des Giengener Rathauses in Empfang. Ein solches wurde auch der Köflacher Gemeindevertretung überreicht.

Obmann Seidl teilte mit, daß die Sudetendeutsche Landsmannschaft durch ihren Sprecher dem Bürgermeister von Köflach, Alois Edmayer, die goldene Ehrennadel verliehen hat. Da sich der Herr Bürgermeister auf Kur befindet, wird ihm die Nadel in einer besonderen Ehrenfeier überreicht werden.

Der Festabend klang aus in schmissigen Weisen der Kapelle Strobl.

Am Samstag vormittag erfolgte eine Kranzniederlegung am Grabe Hans Klöpfers, wo Stadtrat Glaser einige schlichte Gedenkworte sprach.

Am Nachmittag — nun endlich ließ der Regen nach — schloß ein Ausflug ins steirische Weinland die Besuchstage ab. Die Stunden des Beisammenseins waren ausgefüllt von Frohsinn und Heiterkeit, neue Freundschaften wurden geschlossen und Einladungen ergingen hin und her.

Am Sonntag früh fuhren die Gäste von Köflach ab, herzlich verabschiedet von ihren Gastgebern. Für die SL Köflach hat sich die Mühe der Vorbereitung durch die sichtliche Zufriedenheit der Gäste gelohnt.

**Salzburg**

Wegen schwerer Erkrankung der Geschäftsführerin entfällt bis auf weiteres der Parteienverkehr in der Geschäftsstelle.

**Beneš und die Sudetendeutschen**

Unter diesem Titel hielt der aus Tetschen-Bodenbach stammende Historiker Friedrich Prinz, Professor an der Universität Saarbrücken, im Auditorium Academicum der Salzburger Volkshochschule einen Vortrag. Obwohl er sich ausdrücklich bemüht, dem seinerzeitigen ts. Staatspräsidenten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und ihn nüchtern zu beurteilen, verließ man den Vortrag mit dem Gefühl, Beneš eigentlich noch kritischer beurteilen zu müssen, als man es bisher gewohnt war. Es war bekannt, daß Beneš der Hauptschuldige an der Austreibung, die er schon 1938 ins Auge faßte, und der Hauptverantwortliche für die Politik der Unversöhnlichkeit in den zwanziger und dreißiger Jahren war. Unbekannt waren seine ganzen schäbigen und betrügerischen Manöver, um im Winter 1918/19 von der Friedenskonferenz und vor allem von den im Gegensatz zur herkömmlichen Auffassung sehr gut informierten Amerikanern die Genehmigung zur Besetzung der deutschsprachigen Gebiete bzw. die Hinnahme der vollendeten Tatsache zu erpressen. Beneš hatte von Anfang an das Ziel, das „Unrecht der Premysliden gutmachen zu müssen“ und daher die Volksgrenzen an die Staatsgrenzen anpassen zu müssen. Alle Gesprächspartner versuchte er zu überzeugen, daß das starke Anwachsen des tschechischen Volkes mit einem Bevölkerungsrückgang in den deutschsprachigen Gebieten parallel ginge, weshalb alle Zugeständnisse an die Deutschen überflüssig wären. Als ihm trotzdem die Assimilierung der Deutschen nicht gelang, verfiel der humane Staatsmann auf den Gedanken der Austreibung.

**Steiermark**

**Leoben**

Am Fronleichnamstag fuhren 40 Landsleute aus Leoben mit dem Gesangsquartett des MGv Donawitz und der Musikkapelle der Brauerei Göß nach Kaufbeuren-Neugablonz, in Erwidierung eines Besuchs der dortigen Landsleute vor fünf Jahren. Sie wurden von Hunderten von Neugablonzern empfangen und vom Bürgermeister begrüßt. In der großen Turnhalle musizierte die Gösser Musik, das Quartett des MGv Donawitz, die Musikvereinigung Neugablonz und der Gesangsverein „Sudetendland“ Neugablonz und schufen eine prächtige Stimmung. Der Kreisobmann der SL, Lm. Porsche, begrüßte die Gäste aus Österreich unter Führung von Lm. Lausecker und Ortsobmann Czernak, denen sich auch Stadtrat Kirner, Dipl.-Ing. Draxler von der Gösser Brauerei, Bezirkskapellmeister Horcicka und KR Remiger angeschlossen hatten. Lm. Lausecker und Lm. Dipl.-Ing. Münich dankten für die Begrüßung und erinnerten an die traditionellen Verbindungen zwischen den Landsleuten hüben und drüben. Nach Austausch von Geschenken folgte ein begeistertes Programm. Am Freitag gab die Gösser Kapelle in Bad Wörishofen ein Konzert vor den Kurgästen, am Abend wurde in einem Lichtbildervortrag für das schöne Steirer Land geworben. Bei der Rückreise gab es noch ein Platzkonzert in Salzburg. (Kurzbericht knapp vor Redaktionsschluss.)

**Sonstige Verbände**

**Landesverband Österreich der Egerländer Gmoien**

Zur Jahreshauptversammlung hatten sich die vier österreichischen Egerländer Gmoien eingefunden, Landesobmann Dr. Zerlik konnte am 7. Juni im Grieskirchner Stüberl in Linz Ing. Franz Sabathil aus Graz, Dominik Kunzmann aus Wien, Rudolf Lackner mit den Beiräten Zuleger und Reifenberger aus Salzburg sowie Ing. Otto Schmied mit Vorstandsmitgliedern der Linzer Gmoi begrüßen. Die Vorsteher der Gmoien erstatteten daraufhin ihre Tätigkeitsberichte. Die Grazer Gmoi erfüllt als weiteste Gmoi ihre Aufgabe im Dienste der alten Heimat durch Heimabende, die jeweils am ersten Samstag im Monat im Vereinslokal „Brandhof“, Gleisdorferstraße, stattfindenden, ihr Vorsteher ist außerdem führend in der dortigen Sudetendeutschen Landsmannschaft tätig. — Die Gmoi Wien konnte auf ihre gelungene 75-Jahrfeier zurückblicken, darüber hinaus hält sie engste Verbindungen mit den übrigen Landsmannschaften Wiens aufrecht und vertritt so in würdiger Weise das Egerland in der alten Kaiserstadt. Oft sind bei ihr auch Gmoien aus Deutschland zu Gast, wie z. B. Kaiserslautern und Wiesbaden; die gut gestalteten Heimabende und Veranstaltungen spiegeln die rege Tätigkeit der Gmoi in lebendiger Form wider. Die Gmoi Salzburg kommt ihrer besonderen Aufgabe als Grenzlandgmoi insofern am besten nach, daß sie mit den benachbarten bairischen Gmoien enge Beziehungen pflegt durch gegenseitigen Besuch und ebenso eine Stütze der

sudetendeutschen Landsmannschaft darstellt. Die gut besuchten Heimabende finden im Vereinsheim „Riedenburg“ in der Neutorstraße statt, sie stehen immer im Zeichen der alten und neuen Heimat. Die Gmoi Linz als stärkste Gmoi konnte den anderen Gmoien im Grieskirchner Stüberl ihr neues Gmoilokal vorstellen; ihre Heimabende bieten den Landsleuten sowohl Erbauliches wie Lustiges aus der alten Heimat, mit der neuen Heimat verbindet sie ein enges Verhältnis zu den hiesigen Trachtenvereinen, ebenso ist sie in der sudetendeutschen Landsmannschaft als unser aller Schicksalsgemeinschaft verankert und tätig. Der Landesverband trat im letzten Jahr vor allem durch Beistellung von Lichtbildreihen in Erscheinung sowie durch zahlreiche Beteiligung und Mitgestaltung des Jubiläums der Wiener Gmoi. Der Landesverband mit seinem Kassier Ing. Schmied ist aber auch darauf bedacht, in der Spendenaktion für das Egerlandkulturforschungsinstitut in Marktreidwitz, dessen Grundstein am Egerlandtag, am 3. August dieses Jahres,

**Teppiche-Vorhänge**  
**Stilmöbel**  
Riesenauswahl zu günstigen Preisen!  
**PRAUSE**  
KLAGENFURT, FLEISCHMARKT

gelegt wird, weiterhin führend zu sein. Bisher spendeten die vier österreichischen Gmoien mit ihren ca. 400 Mitgliedern von 1962 bis 1969 über 10.000 DM, es entfallen also auf die Kopfquote über 25 DM. — Für September ist eine zweite große Spendenaktion geplant, gleichzeitig spendete anlässlich der kommenden Grundsteinlegung der österreichische Landesverband 500 DM als Auftakt zur neuen Spendenaktion.

Bei der Neuwahl wurde die alte Landesverbandsleitung mit Landesobmann Dr. Zerlik wiedergewählt, seine Stellvertreter sind Adam Möschl und Josef Schindler, Schriftführer Rudolf Klement, Kassier Ing. Otto Schmied, Archivar Gustav Lochner, Beiräte sind die jeweiligen Gmoivorsteher, ferner Dipl.-Ing. Eckert, Ing. Otmar Riedl, Wilhelm Mosenbacher, Walter Benedikt, neu hinzu kamen die Vettern Josef Zuleger und Andreas Reifenberger.

Unsere ganze Arbeit ist jetzt auf die Vorbereitung zur Fahrt nach Marktreidwitz gerichtet, wo die österreichischen Gmoien als Landesverband Österreich geschlossen am Egerlandtag am 2. und 3. August teilnehmen werden, zumal beim dortigen Festgottesdienst das Ehepaar Adam und Anna Möschl auch seine Goldene Hochzeit feiern wird.

Unsere nächste Landeshauptversammlung wurde auf den 6. Juni 1970 in Graz festgelegt, da die dortige Gmoi ihre 15jährige Wiedererneuerung feiern kann. Vorsteher Ing. Sabathil wurde mit der Vorbereitung zu diesem Feste beauftragt.

Ein neuerlicher Appell wurde an alle Gmoien gerichtet, unsere Verbandszeitschrift „Der Egerländer“ durch das vorgeschriebene Notopfer zu unterstützen und neue Bezieher zu werben. Eine neue Lichtbildreihe über „Unser Egerland heute“ wird im September in Wien, nachher in Graz, Linz und Salzburg gezeigt werden. Grußbotschaften von der Landeshauptversammlung wurden gesandt an Dipl.-Ing. Eckert, Josef Schindler und Leo Grimm sowie an unseren Bundesvorsteher Ernst Bartl.

**Arbeitskreis Witikobund, Wien**

In seinem Rahmen fand am 3. Juni im Saal des Volksbildungskreises in Wien bei sehr gutem Besuch ein Vortrag von Horst Rudolf Ubelacker (Reichenberg-Würzburg), betitelt „Deutschlandfrage 1969“ statt. Dem Vortragenden gelang es, den Zuhörern einen tiefen Einblick in die derzeitigen politischen Geschehnisse in der Bundesrepublik zu geben. Als Gast war der seinerzeitige Abgeordnete Dipl.-Ing. Karmasin anwesend, der in die Wechselrede mehrmals eingriff und verschiedene Auskünfte mit Rücksicht auf die Vorkommnisse in der Zwischenkriegszeit in unserer Heimat gab. Eine nur schwer zu verschließende Lücke verursachte die Verabschiedung der Kameradin Spinka, St. Pölten, die für längere Zeit einen neuen Aufgabenkreis in Nürnberg übernahm und uns daher verläßt. Die besten Wünsche aller Witiko-Kameradinnen und Kameraden begleiten sie.

**Glückwünsche**

**Goldene Hochzeit**

Am 18. Mai, anlässlich des alljährlichen Südmährer-Treffens in Maria-Dreieichen, feierten die Eheleute Rud. und Regina Pettermann die goldene Hochzeit. Die grüne hatte das Ehepaar in Joslowitz, Bezirk Znaim, gefeiert. Beide sind gebürtige Joslowitzer, Lm. Pettermann war einst Schmiedemeister bei der Gutsverwaltung in Joslowitz, Frau Regina Handelsfrau. Heute leben beide in der Ruhe im eigenen Häuschen in Kammerndorf, Bezirk Hollabrunn, Niederösterreich.

**Furniere aus aller Welt**  
**Traninger-Holz**  
KLAGENFURT, Rudolfsbahngürtel 1  
Tel. 85 5 95  
LIENZ, Zwergergasse 4  
Tel. 26 86

Geschmacklich hervorragend ist immer wieder der **Badener Römerberg**, Jahrgang 1967, jetzt im Verkauf! Versuchen Sie diesen einmaligen Weißwein! Empfohlen von **Josefine Pichler, Linz** — Weinhandlung Schenkenfelder — Grassl, Steyr.

**Realitätenvermittlung.** Seit 1924 Hemden und Krawatten, Wäsche, **Wohnungen - Geschäfte - Betriebe.** L. Zuschlag, vorm. Triebelng, Klagenfurt, 8.-Mai-Straße, in bester Qualität 2. Ecke, Benediktinerplatz, Tel. 48 23. **SPERDIN, Klagenfurt, Paradiesergasse 3.**

**Erscheinungstermine 1969**

Folge	Einsendeschluß	Erscheinungstag
13	30. Juni	4. Juli
14	14. Juli	18. Juli
15/16	4. August	8. August
17	1. September	5. September
18	15. September	19. September
19	6. Oktober	10. Oktober
20	20. Oktober	7. November
21	3. November	21. November
22	17. November	24. Oktober
23	1. Dezember	5. Dezember
24	15. Dezember	19. Dezember

**SUDETENPOST**

Linz, Goethestraße 63, Fernsprecher 27 3 69  
Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLO). Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Sudetendeutscher Presseverein, Obmann Ing. Alfred Rügen. Verantwortlich für den Inhalt: Gustav Putz, Fernsprecher 51 2 40. Alle Linz, Goethestraße 63.  
Druck: Druckerei und Zeitungshaus J. Wimmer Gesellschaft m. b. H. & Co., Linz, Promenade 23. Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. Bezugspreis vierteljährlich S 13.80. Einzelnummer S 2.50. Die Bezugsgebühr wird durch die Post eingehoben.  
Anzeigenannahme: Linz, Goethestr. 63 (27 3 69). Anzeigentarif: Im Textteil je mm Höhe und 32 mm Breite S 1.90. Auflage kontrolliert. Entgeltliche Einschaltungen im Textteil sind durch PR gekennzeichnet.  
Postsparkassenkonto 73.493, Bankkonto bei der Allgemeinen Sparkasse in Linz, Konto 2813.

**MÖBEL NEUE HEIMAT**  
Unser Europa-Möbelhaus  
Ihr Vorteil  
Wohnzimmervorbau,  
290 cm, Nuß furniert  
nur S 6375.—  
Linz, Salzburger Straße 205  
Handtaschen, Reisekoffer, eine herrliche Auswahl! Lederwaren-Spezialgeschäft Christof Neuner, Klagenfurt, St.-Veiter-Straße.  
Er ist wieder da! Der starke G.-Arbeitsstiefel, S 65.—, Schuhhaus NEUNER, Klagenfurt, St.-Veiter-Straße.  
Mäntel aller Art im Mantel-Fachgeschäft V. Tarmann, Klagenfurt, Völkermarkter Straße 16, Tel. 52 76.  
PVC-Vorhänge, Tischbeläge, Wandbespannungen, Tapezierstoffe in großer Auswahl wieder bei Firma Chr. NEUNER, Klagenfurt, St.-Veiter-Straße 4. In der neuerbauten Lederhandlung.  
NEUNER KLAGENFURT St.-Veiter-Straße 4 Lederwaren- und Lederbekleidungs-Spezialgeschäft, größte Auswahl. Unser Schlager: Damen-Ledertrachtenröcke.